

GI Leitsätze

Fristversäumnis / Wiederkehrende Krankheitsschübe

Eine Erkrankung des Prozeßbevollmächtigten rechtfertigt nur dann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wenn die Krankheit plötzlich und unvorhersehbar auftritt und so schwer ist, daß es für den Prozeßbevollmächtigten unzumutbar ist, die Frist zu wahren oder wenigstens rechtzeitig einen Vertreter zu bestellen.

(BFH, Beschluß v. 11. 10. 1995 – VIII B 106/95 – BFH/NV 1996, 332)

Nicht unterschriebene Klage / Unterzeichnete Vollmacht

Ist eine Klageschrift nicht unterschrieben, so wird der Mangel der Unterschrift dadurch geheilt, daß der Klage eine vom Kläger unterzeichnete Vollmacht beigelegt wird, die sich auf dieselben Steuerarten und dieselben Veranlagungszeiträume bezieht.

(BFH, Urt. v. 28. 9. 1995 – IV R 76/94 – BFH/NV 1996, 332)

Verdeckte Gewinnausschüttung / Angemessenheit des Gehalts des Gesellschafter-Geschäftsführers

1. Soweit Tantiemeversprechen einer GmbH gegenüber mehreren Gesellschafter-Geschäftsführern insgesamt den Satz von 50 v.H. des Jahresüberschusses übersteigen, spricht der Beweis des ersten Anscheins einer verdeckten Gewinnausschüttung.

2. Die unübliche Höhe einer Gewinnantiente rechtfertigt es nicht, dieselbe insgesamt als verdeckte Gewinnausschüttung zu behandeln. Nur der unangemessen hohe Tantiemeanteil ist verdeckte Gewinnausschüttung.

3. Bei der Beurteilung der Angemessenheit einer Gewinnantiente ist von der Höhe der angemessenen Jahresgesamtbezüge auszugehen, die die GmbH bei normaler Geschäfts-

lage ihrem Geschäftsführer zu zahlen in der Lage und bereit sind. Die Jahresgesamtbezüge sind in ein Festgehalt (in der Regel mindestens 75 v.H.) und in einen Tantiemeanteil (in der Regel höchstens 25 v.H.) aufzuteilen. Der variable Tantiemeanteil ist in Relation zu dem erwarteten Durchschnittsgewinn auszudrücken.

(BFH, Urt. v. 12. 10. 1995 – I R 4/95 – BFH/NV 1996, 437)

Akteneinsicht / Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft / Konkursverwalter

Für die Gewährung von Akteneinsicht in Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Konkursverwalter zur Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gibt es keine Ermächtigungsgrundlage.

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 1. 2. 1996 – 3 VAs 29/95 – wistra 1996, 197)

GI Hinweis

Von Tillmann/Winter erscheint bereits in 2. Auflage das „GmbH-Praktikum“. Die aktualisierte Auflage hat die Körperschaftsteuer-Richtlinien 1995 und einige wichtige steuerrechtliche Entscheidungen, vor allem zur verdeckten Gewinnausschüttung und zum Forderungsverzicht des Gesellschafters nachgetragen.

Leitfaden des Buches bleibt das Leben der GmbH, von der Gründung über den gesellschaftlichen Alltag bis zur Beendigung. Es ist deshalb für Steuerberater und Rechtsanwälte zu empfehlen, weil es die Abhängigkeiten und Verzahnungen von Gesellschafts- und Steuerrecht nicht aus dem Auge verliert.

(Tillmann/Winter: GmbH-Praktikum – Gründung, Gestaltung, Führung, Beendigung im Gesellschafts- und Steuerrecht, 2. Auflage 1996, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 380 Seiten, 78,- DM, ISBN 3-504-32162-8)

Verkauf einer Steuerberatungspraxis

– Verschwiegenheitspflicht

– Aktenübergabe

(BGH, Urt. v. 22. 5. 1996 – VIII ZR 1194/95)

Leitsatz:

Zur Frage der Nichtigkeit eines Kaufvertrages über eine Steuerberaterpraxis mit uneingeschränkter Verpflichtung zur Aktenübergabe.

Tatbestand:

Die Klägerin verkaufte als Alleinerbin ihres verstorbenen Ehemanns dessen Steuerberaterpraxis durch Vertrag vom 30.10.1991 an den Beklagten, der sie seit dem 1.11.1991 betreibt. In dem Vertrag heißt es u.a.:

„§2 – Vergütung

Der Kaufpreis beträgt 500.000 DM (in Worten: fünfhunderttausend DM) und ist in Höhe von 165.000 DM (hundertfünf- undsechzigtausend DM) sofort zahlbar.

Der Rest wird in zwei Raten aus dem Honorarvolumen des übernommenen Mandantenstammes der nächsten beiden Kalenderjahre mit jeweils 1/3 bis zum 10.1. des Folgejahres fällig, also am 10.1.1993 und am 10.1.1994.

Der Höchstkaufpreis ist jedoch aus der nachhaltigen jährlichen Rendite der Jahre 1992 und 1993 aus dem übernommenen Mandantenstamm, gemindert um eine Tätigkeitsvergütung von jährlich 50 TDM unter Berücksichtigung eines Rentenbarwertfaktors von 5.0 zu ermitteln (z.B.: Rendite 100 TDM minus 50 TDM Tätigkeitsvergütung = 50 TDM x Faktor 5.0 = 250 TDM Höchstkaufpreis).

...

§5 – Aktenübergabe

Dem Übernehmer werden alle vorhandenen Akten über die noch laufenden und bereits abgeschlossenen Aufträge, die in der Praxis bearbeitet wurden, sowie vor-

handene Termin- und Fristennotierungen unverzüglich nach Übergabe der Praxis zur Verfügung gestellt.

Es ist Sache des Übernehmers, sich einen Überblick über die noch schwebenden Angelegenheiten zu verschaffen und alles Erforderliche im Interesse der Auftraggeber zu veranlassen. Der Verkäufer haftet nicht für Versäumnisse irgendwelcher Art bei der weiteren Bearbeitung der Aufträge.

§6 – Verrechnung von Leistungen des Verkäufers

Ansprüche des Verkäufers auf Zahlung von Gebühren und Erstattung von Auslagen aus seiner Berufstätigkeit stehen, soweit sie bis zum Tage der Praxisübergabe bereits begründet waren, dem Verkäufer zu. Einforderung und Einziehung bleibt ihm überlassen.

Vorschüsse von Mandanten gibt es nicht.“

Der Beklagte hat die vertraglich vereinbarte Anzahlung von 165.000 DM geleistet, sich jedoch geweigert, weitere Zahlungen zu erbringen, da die Praxis mit dem tatsächlich übernommenen Mandantenstamm nachhaltig unwirtschaftlich sei.

Mit ihrer Klage begehrt die Klägerin die Zahlung der zweiten Kaufpreistrate. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Berufungsgericht hat ihr – bis auf einen Zinsteil – stattgegeben.

Mit seiner Revision verfolgt der Beklagte seinen Klageabweisungsantrag weiter.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Klägerin stehe die verlangte zweite Rate in Höhe von 167.500 DM als Teilzahlung auf den ihr gebührenden Kaufpreis zu. Der von den Parteien geschlossene Kaufvertrag vom 30.10.1991 sei gültig zustande gekommen. Dieser Vertrag falle nicht unter den objektiven Verbotstatbestand des §203 Abs. 1 Nr. 3 StGB. Aber auch aus der Regelung der Aktenübergabe in §5 des Kaufvertrages könne die Nichtigkeit des Gesamtvertrages entgegen der dispositiven Vorschrift des §139 BGB nicht hergeleitet werden. Selbst

wenn § 5 des Vertrages nichtig sei, verbleibe es bei der vertraglichen Regelung im übrigen, weil ihre Geltung dem mutmaßlichen Parteiwillen entspreche. Vernünftige Vertragsparteien hätten die Zustimmung der Mandanten zur Übernahme der Akten durch den Erwerber nachträglich eingeholt und auf dieser Grundlage die Aktenübergabe erneut vereinbart und durchgeführt; denn damit wäre der wirtschaftliche Zweck des Vertrages zumindest im wesentlichen zu erreichen gewesen. Anders könne es nur dann liegen, wenn mit der Zustimmung einer nennenswerten Zahl von Mandanten nicht zu rechnen gewesen wäre. Das mache der Beklagte, der einen Großteil der vorhandenen Mandate tatsächlich fortgeführt habe, selbst nicht geltend. Weil § 139 BGB nach dem mutmaßlichen Parteiwillen nicht zur Anwendung komme, bleibe es schließlich unerheblich, daß der Vertrag keine Heilungsklausel enthalte.

Die von der Klägerin verlangte zweite Kaufpreiskorrektur hat das Berufungsgericht aufgrund der in § 2 des Vertrages getroffenen Vergütungsregelung unter Zugrundelegung eines im Jahre 1992 erzielten rechnerischen Überschusses von 113.900 DM für gerechtfertigt angesehen.

II.

Das angefochtene Urteil kann schon deshalb keinen Bestand haben, weil das Berufungsgericht zu Unrecht die Gültigkeit des Praxiskaufvertrages vom 30. 10. 1991 bejaht hat.

1. Soweit das Berufungsgericht die Nichtigkeit des Kaufvertrages vom 30. 10. 1991 unter dem Gesichtspunkt des Verkaufs und der Abtretung von Honorarforderungen erörtert (vgl. BGHZ 122, 155 ff), kommt es hierauf nicht an, weil gemäß § 6 des Vertrages Gebührenforderungen auf den Beklagten nicht übertragen worden sind.

2. Das Berufungsgericht läßt offen, ob die in § 5 des Kaufvertrages getroffene Regelung der Aktenübergabe nichtig ist, und meint, selbst in diesem Falle verbleibe es bei der Wirksamkeit des Vertrages im übrigen. Diese Ausführungen halten den Rügen der Revision nicht stand.

a) Die in § 5 des Vertrages enthaltene Regelung, wonach „dem Übernehmer alle vorhandenen Akten über die noch laufenden und bereits ab-

geschlossenen Aufträge, die in der Praxis bearbeitet wurde, ... unverzüglich nach Übergabe der Praxis zur Verfügung gestellt“ werden, ist gemäß § 134 BGB **wegen Verstoßes gegen die dem Steuerberater auferlegte Verschwiegenheitspflicht (§ 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB) nichtig, wenn – wie hier – keine Einwilligung der Mandanten zur Aktenübergabe vorliegt** (Senatsurteil v. 17. 5. 1995 – VIII ZR 94/94 = WM 1995, 1357 unter 2 a betreffend den Verkauf einer Rechtsanwaltskanzlei; für den Verkauf einer Arztpraxis bereits BGHZ 116, 268 ff; ferner Senatsurteil v. 11. 10. 1995 – VIII ZR 25/94 = WM 1996, 22 unter II 2 a). Eine wirksame Vereinbarung setzt vielmehr voraus, daß die Verpflichtung zur Aktenübergabe auf zustimmende Mandanten beschränkt ist (BGHZ 116, 268, 277).

Etwas anderes ergibt sich entgegen der in der Revisionsinstanz erstmals vertretenen Ansicht der Klägerin auch nicht aus § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages. Die Bestimmung, daß es „Sache des Übernehmers (sei), sich einen Überblick über die noch schwebenden Angelegenheiten zu verschaffen und alles Erforderliche im Interesse der Auftraggeber zu veranlassen“, betrifft die Verpflichtung des Beklagten, die übernommenen Mandate fortzuführen und für die bisherigen Auftraggeber tätig zu werden, nicht aber deren Einverständnis zur Aktenübergabe durch den Beklagten einzuholen.

b) Ist danach § 5 des Kaufvertrages als nichtig anzusehen, **erfaßt die Nichtigkeitsfolge nach § 139 BGB, der hier nicht abgedungen worden ist, im Zweifel den gesamten Praxiskaufvertrag**. Entgegen der Vermutung des § 139 BGB wäre der Vertrag nur dann gültig geblieben, wenn angenommen werden könnte, daß er auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen worden wäre. Dabei kommt es nicht, wie das Berufungsgericht meint, darauf an, ob vernünftige Vertragsparteien bei Nichtigkeit der Regelung des § 5 des Vertrages die Zustimmung der Mandanten zur Übernahme der Akten durch den Erwerber nachträglich eingeholt und auf dieser Grundlage die Aktenübergabe erneut vereinbart und durchgeführt hätten, womit der wirtschaftliche Zweck des Vertrages zumindest im wesentlichen zu erreichen gewesen wäre. Maßgebend ist vielmehr, ob die Parteien an dem Vertragsschluß dann festgehalten hätten, wenn ihnen die teilweise Nichtigkeit bekannt gewesen

wäre. Dabei ist vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen auf den **mutmaßlichen Parteiwillen abzustellen; maßgebend ist, welche Entscheidung die Parteien im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses bei Kenntnis der Sachlage nach Treu und Glauben und bei vernünftiger Abwägung der beiderseitigen Interessen getroffen hätten** (RGZ 118, 218, 222; BGH, Urt.v. 13. 3. 1986 – III ZR 114/84 = NJW 1986, 2576 unter II 5; siehe auch Soergel/Hefermehl, BGB, 12. Aufl., § 139 Rdnr. 34).

c) Tatrichterliche Feststellungen, ob die Parteien den Praxiskaufvertrag, gegebenenfalls mit einer zulässigen Begrenzung der Übergabepflicht auf zustimmende Mandanten (BGHZ 116, 268, 277), bei Kenntnis der Nichtigkeit der uneingeschränkten Verpflichtung zur Aktenübergabe geschlossen hätten, sind nicht vorhanden. Da der Kaufpreis nicht weiter aufgeteilt ist, die Büroeinrichtung dem Beklagten lediglich „zur Nutzung ohne weiteres Entgelt überlassen“ worden ist sowie bisher begründete Ansprüche auf Zahlung von Gebühren und Erstattung von Auslagen der Klägerin verblieben (§§ 4, 6 des Vertrages), liegt es nahe, daß der Kaufpreis im wesentlichen für den good will der Praxis gezahlt werden sollte, der jedenfalls teilweise durch die überlassenen Akten repräsentiert wird (Senatsurteil v. 17.5.1995 – VIII ZR 94/94 a.a.O.).

3. Ist somit aufgrund des bisherigen Sachstandes von der Gesamtnichtigkeit des Vertrages vom 30.10.1991 auszugehen, kommt es auf die Angriffe der Revision gegen die Auslegung der Vergütungsregelung in § 2 Abs. 3 des Vertrages durch das Berufungsgericht nicht mehr an.

4. Die Sache war daher zur weiteren Feststellung, welche Vereinbarungen die Parteien bei Kenntnis der Nichtigkeit des § 5 des Vertrages vom 30.10.1991 getroffen hätten, an das Berufungsgericht zurückzuverweisen. Sollte es danach bei der Gesamtnichtigkeit des Vertrages vom 30.10.1991 verbleiben, wird das Berufungsgericht dem unter Beweis gestellten Vortrag der Klägerin nachzugehen haben, daß der Wert der rechtsgrundlos übernommenen Praxis der in § 2 des Vertrages vereinbarten Vergütung entspricht.

Steuerberatungsgesetz

- Steuerberater
- Unternehmensberater
- AG-Vorstand

(BGH, Urt.v. 4. 3. 1996 – StbSt (R) 4/95)

Leitsatz:

Die Tätigkeit eines Berufsangehörigen der steuerberatenden Berufe im Vorstand einer unternehmensberatenden Aktiengesellschaft ist gewerbliche Tätigkeit.

Aus den Gründen:

I.

1. Der Berufsangehörige ist Rechtsanwalt. Als Geschäftsführer zweier Steuerberatungsgesellschaften ist er Pflichtmitglied der Steuerberaterkammer und unterliegt dem Berufsrecht der Steuerberater (§§ 50 Abs. 2, 74 Abs. 2, 72 Abs. 1 StBerG). Neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer ist der Berufsangehörige Mitglied des Vorstands einer Aktiengesellschaft, deren Gegenstand nach ihrer Satzung die betriebswirtschaftliche Beratung von Unternehmen und die Vermittlung von Unternehmenskaufverträgen ist.

Die Kammer für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen des Landgerichts K. hat darin eine unzulässige gewerbliche Tätigkeit nach § 57 Abs. 2, Abs. 4 Nr. 1 StBerG gesehen; sie hat dem Berufsangehörigen deshalb wegen fahrlässiger Berufspflichtverletzung einen Verweis erteilt. Auf seine Berufung hat das OLG das angefochtene Urteil aufgehoben und den Berufsangehörigen freigesprochen.

Hiergegen richtet sich die – wegen grundsätzlicher Bedeutung vom OLG zugelassene – Revision der Staatsanwaltschaft, mit der eine Verletzung materiellen Rechts gerügt wird.

2. ...

3. Das OLG hat den Berufsangehörigen vom Vorwurf der Berufspflichtverletzung freigesprochen, weil er im wesentlichen nur rechtsberatend – also im Rahmen einer vereinbarten Tätigkeit nach § 57 Abs. 3 Nr. 2 StBerG – im Vorstand

mitgewirkt habe. Eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne von § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG sei seitens der Aktiengesellschaft tatsächlich nicht entfaltet worden; denn Unternehmenskaufverträge habe die Aktiengesellschaft zu keinem Zeitpunkt vermittelt. Bei dieser Sachlage könne dahinstehen, ob schon die mit dem Vorstandsvertrag eingegangene Verpflichtung zur Vertretung der Aktiengesellschaft aus dringenden Gründen wegen der weitergehenden Satzung eine „Tätigkeit“ im Sinne des § 57 StBerG darstelle. Bei verfassungskonformer Auslegung des § 57 Abs. 2 Satz 1 StBerG könne es im Hinblick auf die Grundsätze der Berufsfreiheit und der Verhältnismäßigkeit nämlich nicht auf einen in der Öffentlichkeit möglicherweise entstandenen Anschein einer unerlaubten Tätigkeit ankommen, sondern nur auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit. Gesetzesanalogie zum Nachteil des Berufsangehörigen sei unzulässig.

II.

Die Revision der Staatsanwaltschaft ist zulässig (§ 129 Abs. 1 Nr. 3 StBerG) und begründet. Die Erwägungen des Berufungsgerichts, mit denen eine gewerbliche Tätigkeit des Berufsangehörigen im Ergebnis verneint wird, halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Nach § 57 Abs. 2 StBerG haben Steuerberater und Steuerbevollmächtigte sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die mit ihrem Beruf oder mit dem Ansehen des Berufes nicht vereinbar ist. Als nicht vereinbar mit dem Beruf gilt nach § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG insbesondere eine gewerbliche Tätigkeit.

Dieses gesetzlich geregelte Verbot gewerblicher Betätigung ist nach § 72 Abs. 1 StBerG ausdrücklich auch auf Berufsangehörige sinngemäß anzuwenden, die nicht Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte sind, sondern als Geschäftsführer einer Steuerberatungsgesellschaft (§ 50 Abs. 2 StBerG) Mitglieder der Berufskammer sind (§ 74 Abs. 2 StBerG) und insoweit dem Berufsrecht der Steuerberater unterliegen. Davon unberührt bleibt die Mitgliedschaft eines solchen Berufsangehörigen aufgrund einer anderen Berufsqualifikation in einer weiteren Berufskammer mit den daraus sich ergebenden – möglicherweise abweichend geregelten – standesrechtlichen Pflichten. In

einem solchen Fall ist das jeweils strengere Berufsrecht maßgebend, will der Berufsangehörige umfassend den ihm obliegenden Pflichten entsprechen (*BVerfGE* 54, 237, 247; *Kuhls/Maxl*, StBerG, § 57, Rdn. 10; *Gehre*, StBerG, 3. Aufl., § 57, Rdn. 5 jew. m.w.N.).

a) Das **Verbot der gewerblichen Tätigkeit** ist die Folge der Regelung in § 32 Abs. 2 StBerG, wonach Steuerberater und Steuerbevollmächtigte **einen freien Beruf und kein Gewerbe ausüben**. Sie sind – den Rechtsanwälten vergleichbar – ein unabhängiges Organ der Steuerrechtspflege; das Berufsbild ist ausgerichtet auf den Vorrang der persönlichen berufsspezifischen Leistung vor den wirtschaftlichen Aspekten der Tätigkeit (*Kuhls*, StBerG, § 32 Rdn. 14). Es ist geprägt durch die unabhängige und unparteiliche Erfüllung der den steuerberatenden Berufen übertragenen Aufgabe, eine umfassende Hilfeleistung in Steuersachen zu gewährleisten.

Daß der **Gesetzgeber befugt** ist, Berufe, die sich zunächst frei entwickelt haben, rechtlich zu ordnen und ihre **Berufsbilder festzuschreiben**, ist vom Bundesverfassungsgericht frühzeitig anerkannt und auch für die steuerberatenden Berufe wiederholt bestätigt worden (*BVerfGE* 21, 173, 180; 22, 275 = *NJW* 1967, 1317 und 1747; *BVerfGE* 54, 237, 246). Die gesetzlich geregelten Unvereinbarkeiten zwischen dem Beruf und anderen – insbesondere gewerblichen – Tätigkeiten, sind von Verfassungs wegen im Hinblick auf Artikel 12 GG nicht beanstandet worden. Vielmehr hat das Bundesverfassungsgericht derartige Regelungen für besonders geeignet erachtet, den Beruf eindeutig zu prägen, das Berufsbild klar zu umgrenzen, die Aufsicht über die gewissenhafte Erfüllung der Berufspflichten zu erleichtern und so das Ansehen des Berufes zu fördern (*BVerfGE* 21, 173, 181).

b) Diese Grundsätze gelten zur **Vermeidung einer Kommerzialisierung für die steuerberatenden Berufe** im Interesse einer wirksamen Steuerrechtspflege auch weiterhin (*vgl. BVerfG DStR* 1993, 530). Dem steht nicht entgegen, daß das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 4. 11. 1992 (*BVerfGE* 87, 287 ff = *NJW* 1993, 317) für den Beruf des **Rechtsanwalts im Einzelfall eine kaufmännisch-erwerbswirtschaftliche Tätigkeit im Zweitberuf für vereinbar** gehalten.

ten hat, sofern eine Interessenkollision durch eine **klare Trennung der Tätigkeitsfelder** vermeidbar ist und den Berufsangehörigen ausreichend Zeit für die Ausübung seines Anwaltsberufes verbleibt.

aa) **Die Berufe des Steuerberaters und des Rechtsanwalts sind weitgehend wesensgleich**; die dem jeweiligen Standesrecht zugrundeliegenden Berufsauffassungen und Pflichten sind gleich (*BVerfGE* 80, 269, 280, 281). Dies hat indessen nicht eine absolute Gleichbehandlung der Angehörigen dieser Berufsgruppen zur Folge; vielmehr ist auf die spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Berufe abzustellen (*vgl. Kuhls/Maxl, StBerG, § 57 Rdn. 403 f.*). Abgesehen davon, daß § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG – anders als die allgemein gefaßten Regelungen der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) – ausdrücklich ein gesetzliches Verbot gewerblicher Betätigung durch den Steuerberater normiert, liegt in einem Fall wie dem vorliegenden – in dem die beratende Tätigkeit eines Steuerberaters mit der eines Unternehmensberaters zu vergleichen ist – die vom Bundesverfassungsgericht für schädlich und dem Beruf abträglich erachtete Gefahr einer Interessenkollision schon bei allgemeiner Betrachtung auf der Hand. Während die **anwaltliche Tätigkeit** in einer Vielzahl von Fällen auch ohne Kenntnisse von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Mandanten denkbar und wirksam möglich ist, bringt es die **steuerberatende Tätigkeit** nahezu ausnahmslos mit sich, daß dem Berater die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Mandanten umfassend im Rahmen einer oftmals jahrelangen dauerhaften Zusammenarbeit offenbart werden müssen, wenn eine sachgerechte Hilfe in steuerlichen Angelegenheiten gewährleistet werden soll. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesverfassungsgericht bereits in seiner Entscheidung vom 15.2.1967 (*BVerfGE* 21, 173, 182) **für die steuerberatenden Berufe eine Kombination mit einer gewerblichen Tätigkeit für noch weniger erträglich erachtet, als bei anderen freien Berufen**. Schon die Möglichkeit, Kenntnisse und Informationen aus der steuerberatenden Tätigkeit im Rahmen des eigenen Gewerbes zum eigenen Nutzen und zum Nachteil des Mandanten umzusetzen, könnte die vom Gesetzgeber gewollte Unpartei-

lichkeit und Unabhängigkeit des Beraters gegenüber seinem Auftraggeber sowie das Vertrauensverhältnis zwischen diesen beeinträchtigen (*ebenso: BGH NJW* 1981, 399, 400; sowie zu § 57 Abs. 4 Nr. 2 StBerG: *BFH BStBl II* 1979, 202, 206; *BStBl II* 1987, 790; *BFH/NV* 1993, 693). An diese Entscheidung anknüpfend hat das Bundesverfassungsgericht im Beschluß v. 4.11.1992 (*NJW* 1993, 317, 321) die überaus naheliegende Interessenkollision bei gewerblicher Tätigkeit eines Steuerberaters hervorgehoben und die aufgezeigte andersartige Interessenlage des Rechtsanwalts davon abgesetzt; nur diese gebietet danach von Verfassungs wegen im Hinblick auf die Freiheit der Berufswahl eine differenzierte Regelung, die dem Einzelfall gerecht werden kann.

bb) Der Gesetzgeber hat dementsprechend an dem absoluten Gewerbeverbot für die steuerberatenden Berufe festgehalten. Während das anwaltliche Berufsrecht mit der Neufassung der §§ 7 Nr. 8, 14 Abs. 2 Nr. 9 BRAO den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen verfassungsrechtlichen Anforderungen angepaßt wurde, blieb § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG bei der Novellierung durch das 6. Steuerberatungsänderungsgesetz vom 24.6.1994 (*BGBI I S. 1387*) – das vor allem dazu diente, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Standesrichtlinien der Rechtsanwälte auch für die steuerberatenden Berufe umzusetzen – unverändert. Mittelbar fand § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG dadurch eine Bestätigung, daß in der Begründung zum 6. Steuerberatungsänderungsgesetz ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, eine gewerbliche Betätigung solle wie bisher mit dem Beruf des Steuerberaters unvereinbar sein, eine Sozierung mit Gewerbetreibenden demnach auch unzulässig bleiben. Dies entspreche der Grundvorstellung der „freien“ und durch berufsständische Selbstverwaltung überwachten Berufsausübung (*BT-Drucks. 12/6753 S. 11, 2. Spiegelstrich; S. 17*). Ob die uneingeschränkte Anwendung des § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG auch auf Sachverhalte, bei denen eine Interessenkollision auszuschließen ist, verfassungsrechtlich unbedenklich wäre, kann hier dahingestellt bleiben. Ein solcher Fall liegt hier nicht vor.

c) **Der Begriff der gewerblichen Tätigkeit im berufsrechtlichen Sinne** ist nicht abschließend

geklärt (vgl. *Kuhls/Maxl, StBerG, § 57 Rdn. 405 f.*). In Anlehnung an die steuerrechtliche und gewerberechtliche Definition hat die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs die nicht vereinbare (vom Berufsbild des freien Berufes nicht mehr erfaßte) **gewerbliche Tätigkeit im Sinne von § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG als selbstständiges, gleichmäßig fortgesetztes und maßgebend von erwerbswirtschaftlichem Streben nach Gewinn bestimmtes Handeln gekennzeichnet** (*BGHStB 1976, 219; BGHNJW 1981, 399; Gehre, StBerG, 3. Aufl., § 57 Rdn. 86*). Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Steuerberater im eigenen oder im fremden wirtschaftlichen Interesse handelt und in welcher Rechtsform die gewerbliche Tätigkeit ausgeübt wird (*Kuhls/Maxl, StBerG, § 57 Rdn. 412 m.w.N.*).

Organschaftliches Handeln für eine gewerblich tätige Gesellschaft ist mit dem Beruf des Steuerberaters aber in keinem Fall vereinbar, weil der gewerbliche Charakter der Unternehmenstätigkeit das Handeln als Organ prägt, ohne daß es darauf ankommt, ob der Steuerberater alleine oder mit anderen Vorstandsmitgliedern zur Vertretung berufen ist (*BGHSt 35, 232, 236*). Die Beschränkung des Vorstandsamtes auf vorrangig solche Aufgaben, die sich im Rahmen einer steuerberatenden Tätigkeit halten, ändert an der Unvereinbarkeit mit dem Beruf nichts (vgl. *BGHSt 35, 232*). Auch untergeordnete Tätigkeiten im Rahmen der Geschäftsführung, die ohne jede offizielle Funktion für das gewerbliche Unternehmen ausgeübt werden, sind unzulässig (*Kuhls/Maxl a.a.O., Rdn. 425*).

Denn nach dem aufgezeigten Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelungen des Steuerberatungsgesetzes soll bereits der Gefahr einer möglichen Interessenkollision zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern des Berufsangehörigen begegnet werden. Ob es sodann zu einer nach außen erkennbaren gewerblichen Tätigkeit, die sich gar zum Nachteil von Mandanten auswirkt, tatsächlich kommt, ist ebenso unerheblich, wie die innere Bereitschaft des Berufsangehörigen, im Falle einer von ihm erkannten Kollision sich berufstreu zu verhalten und die gewerblichen Interessen zurückzustellen. Insoweit kommt es ausschließlich auf die objektiven Rahmenbedingungen an (*Kuhls/Maxl a.a.O. Rdn. 411*).

Eine solche weite **Auslegung des Begriffs der „gewerblichen Tätigkeit“ im Sinne von § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG** ist verfassungskonform, weil – wie das Bundesverfassungsgericht in den oben bezeichneten Entscheidungen zum Berufsrecht der Steuerberater wiederholt ausgeführt hat – zum Schutz des wichtigen Gemeinschaftsgutes einer wirksamen unabhängigen Steuerrechtspflege bereits der Möglichkeit einer Interessenkollision und der Gefahr der Kommerzialisierung des Berufsstandes entgegenwirkt werden soll.

Dem Berufsrecht sind solche Interessenabwägungen, die in die Freiheit der Berufsausübung eingreifen und diese begrenzen, durchaus nicht fremd. Sie sind nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von Verfassung wegen nicht zu beanstanden, wenn sie durch vernünftige Erwägungen des Allgemeinwohls gedeckt sind. So darf der Gesetzgeber Sozietäten zwischen den freien Berufen des Wirtschaftsprüfers und des Notars einschränken, um denkbaren Gefährdungen für die **Unparteilichkeit und Unabhängigkeit** des Notaramtes vorbeugend entgegenzuwirken (*BVerfGE 54, 237, 250; 80, 269, 279*). Entsprechendes gilt auch hier.

III.

Auf der Grundlage dieser Erwägungen ergibt sich für den vorliegenden Sachverhalt folgendes:

1. Die Tätigkeit des Berufsangehörigen als Vorstandsmitglied der Unternehmensberatungs AG war als gewerbliche Betätigung nicht vereinbar mit seinen Pflichten nach §§ 50 Abs. 2, 72 Abs. 1, 57 StBerG.

a) **Nach § 3 AktienG gilt die Aktiengesellschaft als Handelsgesellschaft, auch wenn der Gegenstand des Unternehmens nicht im Betrieb eines Handelsgewerbes besteht.** Selbst wenn man zunächst außer acht läßt, daß die Unternehmensberatungs AG in ihrer Satzung auch die Vermittlung von Unternehmensverkäufen vorsieht, ist die im übrigen betriebene entgeltliche betriebswirtschaftliche Beratung im Rechtssinne eine gewerbliche Tätigkeit. Dem kann nicht entgegengehalten werden, daß § 57 Abs. 3 Nr. 3 StBerG eine wirtschaftsberatende Tätigkeit als mit dem Beruf vereinbar bezeichnet

und eine solche Tätigkeit auch im Rahmen einer Aktiengesellschaft nach §§49 ff. StBerG als Steuerberatungsgesellschaft betrieben werden kann.

Steuerberatungsgesellschaften sind für die Berufsangehörigen ein Instrument der Berufsausübung (Gehre, StBerG, 3. Aufl., §49 Rdn. 1). Sie bedürfen der Anerkennung durch die für die Finanzverwaltung zuständige oberste Landesbehörde (§49 Abs. 3 StBerG) und müssen von Steuerberatern mitverantwortlich geführt werden (§50 Abs. 1 StBerG). Sie sind Mitglied der Steuerberaterkammer nach §74 Abs. 1 StBerG, die vor ihrer Zulassung gehört werden müssen. Auch für Steuerberatungsgesellschaften gelten die Regelungen des §57 StBerG sinngemäß (§72 Abs. 1 StBerG). In ihrer Tätigkeit unterliegen sie der standesrechtlichen Aufsicht durch die Berufskammer. **Ein kommerzielles Handeln ist durch die enge Einbindung der Steuerberatungsgesellschaften in das Berufsrecht trotz ihrer rechtlichen Eigenschaft als Kapitalgesellschaft ausgeschlossen.** Dies gilt für andere Gesellschaften, die nicht der strengen Aufsicht einer Berufskammer unterliegen, von vornherein nicht.

Soweit das Steuerberatungsgesetz eine **Wirtschaftsberatung** neben der steuerlichen Hilfeleistung zuläßt, ist dies ebenfalls nach Sinn und Zweck des §57 StBerG **nur im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit vereinbar.** Wird die wirtschaftsberatende Tätigkeit in einem davon abweichenden rechtlichen Rahmen durchgeführt, sind gewerbliche Elemente dabei mit dem Beruf nicht mehr vereinbar, die an sich zulässige Tätigkeit schlägt in eine berufsrechtlich nicht zulässige gewerbliche Tätigkeit um (Kuhls/Maxl, StBerG, §57 Rdn. 408).

So liegt es hier. Denn die Unternehmensberatungs AG war keine dem Berufsrecht unterliegende Steuerberatungsgesellschaft, sondern nahm am allgemeinen Wirtschaftsverkehr mit Gewinnerzielungsabsicht teil. Damit wurde die Tätigkeit im Vorstand der Aktiengesellschaft bereits allgemein gewerblich geprägt und war deshalb schon nicht mit dem Beruf nach §57 Abs. 4 StBerG vereinbar. Deshalb kommt es nicht darauf an, daß bis zum Zeitpunkt der Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgericht durch die Aktiengesellschaft tatsächlich keine Unternehmensverkäufe vermittelt worden sind.

b) Unerheblich ist auch, daß der Berufsangehörige in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied nicht als Organ in Erscheinung getreten ist.

Nach §78 AktienG vertritt der Vorstand die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Zwar können die Geschäfte zwischen mehreren Vorstandsmitgliedern intern aufgeteilt werden; die Vertretungsbefugnis bleibt davon unbeeinflußt, sie kann nicht beschränkt werden (§82 Abs. 1 AktienG). Dementsprechend sieht der Vertrag vom 30.9.1990, mit dem der Berufsangehörige zum weiteren Vorstandsmitglied der Unternehmensberatungs Aktiengesellschaft bestellt wurde, in §1 vor, daß dieser die Gesellschaft nach Maßgabe der Satzung zu vertreten hat. Aus dringenden Gründen ist neben der Vertretungsbefugnis in seinem Bereich der Rechtsberatung auch eine Vertretung in allen übrigen Verantwortungsbereichen ausdrücklich vorgesehen. Damit ist die Möglichkeit eröffnet, daß der Berufsangehörige auch tatsächlich aufgrund der gewerblichen Tätigkeit als Vorstand der Aktiengesellschaft in eine offene Interessenkollision bei solchen Mandanten gerät, die durch die von ihm geführten Steuerberatungsgesellschaften beraten werden. Daß entsprechende Verbindungen zwischen den von der Aktiengesellschaft betriebswirtschaftlich beratenen Unternehmen zu den Steuerberatungsgesellschaften bestehen und andererseits Mandanten der Beratungsgesellschaften auch von der Aktiengesellschaft betreut werden, hat der Berufsangehörige selbst eingeräumt. Bei dieser Sachlage kommt es auf die Feststellung einer konkreten Interessenkollision nicht an. **Denn Inkompatibilitäten sollen von vornherein typische Interessenkollisionen ausschließen** und es ermöglichen, daß die Berufskammern die Einhaltung der beruflichen Pflichten überwachen können. **Dem stünde es entgegen, wenn erst das Bekanntwerden tatsächlicher Verletzungen beruflicher Pflichten ein Einschreiten der Berufskammer zuließe.**

Ebensowenig kann es bei dieser Sachlage auf eine Außenwirkung der von Berufsangehörigen wahrgenommenen gewerblichen Tätigkeit ankommen. Zu Recht weist die Beschwerdeführerin allerdings darauf hin, daß durch die im AktienG normierten Pflichten nach §§80 und 81

AktienG auch nach außen eine dem Beruf des Steuerberaters widerstrebende Verbindung des Berufsangehörigen mit einer gewerblichen Betätigung in der Öffentlichkeit erkennbar wird. Schon **einer Gefährdung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Berufsstandes aber soll entgegengewirkt werden** (vgl. BVerfGE 54, 237, 248 f.; 80, 269, 279).

c) **Diese Erwägungen gelten im übrigen auch für die Tätigkeit eines Rechtsanwalts.** Ob die Auskunft der Rechtsanwaltskammer, die Vorstandstätigkeit des Berufsangehörigen sei im Hinblick auf das anwaltliche Standesrecht unbedenklich, in dieser Allgemeinheit zutreffend war, braucht der Senat nicht zu entscheiden.

Nichtiger Steuerberatungsvertrag

- Steuerberater als Subunternehmer
 - niedrige Zeitgebühr, § 13 StBGebV
 - Mandatsvermittlung
 - Provision
- (BGH, Versäumnisurt. v. 21. 3. 1996 – IXZR 240/95)

Leitsätze:

1. Ein Vertrag, durch den sich eine dazu nicht befugte Person zur Hilfeleistung in Steuersachen verpflichtet, ist auch dann nichtig, wenn sie die Arbeiten durch einen steuerlichen Berater – als Erfüllungsgehilfen – ausführen läßt.

2. Der Vertrag, durch den sich ein steuerlicher Berater gegenüber einer nicht zur Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person verpflichtet, deren Mandanten gegen Entgelt steuerliche Hilfe zu leisten, ist jedenfalls dann nicht ohne weiteres nichtig, wenn die Entscheidungsfreiheit des steuerlichen Beraters nicht konkret beeinträchtigt wird.

3. Eine Vereinbarung, durch die sich ein steuerlicher Berater verpflichtet, Buchführungsarbeiten gegen eine etwas niedrigere als die nach § 13 StBGebV

zulässige Zeitgebühr zu verrichten, ist nicht allein deswegen unwirksam.

4. Eine Vereinbarung, durch die ein steuerlicher Berater einer anderen Person ein verdecktes Entgelt für die Vermittlung von Mandanten verspricht, ist nichtig.

Tatbestand:

Der Kläger ist selbständiger Steuerberater. Der Beklagte, der als Wirtschaftsberater selbständig tätig ist und nicht die Voraussetzungen der §§ 3 oder 4 StBerG erfüllt, warb in einer Zeitungsanzeige in den neuen Bundesländern wie folgt:

„Wir bieten:

EXISTENZGRÜNDUNGSBERATUNG /
FÖRDERUNG

BUCHFÜHRUNG / STEUERL. BERATUNG
SCHULUNG / UNTERNEHMENSFÜHRUNG“

Die ihm daraufhin aufgetragene Buchführung ließ der Beklagte teilweise durch den Kläger ausführen. Das Honorar dafür sollte diesem der Beklagte entrichten, der seinerseits eine Vergütung von den Kunden erhielt. Der Kläger verlangt noch 12.094,83 DM für Buchführungstätigkeit zugunsten verschiedener Auftraggeber des Beklagten. Dieser hält unter anderem die Vereinbarung mit dem Kläger für gemäß § 134 BGB nichtig. Dem ist das Oberlandesgericht – im Gegensatz zum Landgericht, das der Klage überwiegend stattgegeben hatte – gefolgt. Dagegen richtet sich die zugelassene Revision des Klägers.

Aus den Gründen:

Der Senat entscheidet antragsgemäß durch Versäumnisurteil (§§ 557, 331 ZPO). Er ist nicht gemäß § 337 Satz 1 ZPO befugt, im Hinblick auf den Vertagungsantrag des Beklagten von einer Entscheidung aufgrund der Säumnis abzu- sehen. Insoweit braucht nicht allgemein ent- schieden zu werden, ob einer Partei ein Anspruch auf Terminänderung nach § 227 ZPO erwächst, wenn ihr Prozeßbevollmächtigter das Mandat niederlegt (so zu § 173 VwGO: BVerwG NJW 1993, 80 f; zustimmend Zöller/Stöber, ZPO 19. Aufl. § 227 Rdn. 6). Für den Bereich der Zivil- gerichte besteht die Besonderheit, daß das

Säumnisverfahren speziell geregelt ist (§§ 330 ff ZPO). Gemäß § 337 Satz 1 ZPO reicht nicht jeder „erhebliche Grund“ für eine Vertagung aus; vielmehr ist darauf abzustellen, ob die Partei „ohne ihr Verschulden“ am Erscheinen verhindert ist. Der Beklagte hat nicht mitgeteilt, aus welchem Grund sein Rechtsanwalt das Mandat niedergelegt hat. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß der Beklagte diesen Grund zu vertreten hat. Dann ist es nicht gerechtfertigt, dem Kläger das prozessuale Recht auf eine Säumnisentscheidung zu nehmen. Die Verteidigungsmöglichkeit des Beklagten wird dadurch nicht unzumutbar erschwert, weil ihm der Einspruch gegen ein ihn belastendes Versäumnisurteil bleibt (§§ 338 ff ZPO).

Das vom Senat erlassene Versäumnisurteil beruht zudem nicht auf einer Säumnisfolge, sondern berücksichtigt den gesamten derzeitigen Sach- und Streitstand (vgl. BGHZ 37, 79, 82).

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

1. Das Berufungsgericht hat ausgeführt:

Der auf eine Subunternehmertätigkeit des Klägers gerichtete Vertrag der Parteien verstoße gegen § 134 BGB. Der Beklagte selbst hätte die ihm aufgetragene vollständige Erledigung von Buchführungsarbeiten – als Hilfeleistung in Steuersachen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 StBerG) – nicht ausführen dürfen. Die Einschaltung des Klägers ändere daran nichts. Denn wer Hilfe in Steuersachen leiste, müsse dazu nach § 57 Abs. 1 StBerG in eigener Person befugt sein, weil nur bei einer unabhängigen und eigenverantwortlichen Tätigkeit eine ordnungsgemäße Berufsausübung gewährleistet sei. Die Vereinbarung der Parteien stelle eine Beihilfe zur unzulässigen Steuerberatung dar und verstoße deshalb ebenfalls gegen § 5 Abs. 1 StBerG, also ein gesetzliches Verbot im Sinne von § 134 BGB.

Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung schieden aus. Denn der Beklagte sei seinerseits gegenüber den Auftraggebern zur Herausgabe des erhaltenen Honorars verpflichtet, so daß ihm keine Bereicherung verbleibe. Zudem stehe § 817 Satz 2 BGB der Klage entgegen. Es sei davon auszugehen, daß dem

Kläger der Verstoß seiner Buchführungstätigkeit gegen § 5 Abs. 1 StBerG bekannt gewesen sei.

2. Damit hat das Berufungsgericht die verschiedenen Verträge, die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Buchführungsarbeiten abgeschlossen wurden, nicht hinreichend voneinander getrennt.

a) Richtig ist allerdings, daß die Verträge des **Beklagten** mit seinen **Kunden** gegen § 134 BGB verstießen, soweit er es auch übernahm, ihre Buchführung zu erledigen. Gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 StBerG umfaßt die Hilfeleistung in Steuersachen unter anderem die Hilfeleistung bei der Führung von Büchern. Sie darf nach § 2 StBerG geschäftsmäßig nur von dazu befugten Personen und Vereinigungen (§§ 3, 4 StBerG) ausgeübt werden. Dazu zählte der Beklagte nicht. Insbesondere **gestattet § 4 Nr. 5 StBerG es Wirtschaftsberatern jedenfalls nicht, Steuerberatung in einer Weise zu betreiben, die nicht mehr nur als untergeordnete Hilfstätigkeit einer Unternehmensberatung erscheint** (BGH, Versäumnisurt. v. 23. 1. 1981 – I ZR 30/79, DB 1981, 980, 981). Auf der Grundlage des unstreitigen Parteivortrags stellte die Hilfeleistung bei der Buchführung einen gewichtigen und vollwertigen Teil der gesamten Beratungstätigkeit des Beklagten dar. Nach den insoweit unangefochtenen Feststellungen des Berufungsgerichts war die Buchführung vollständig zu erledigen. Das ging über den durch § 6 Nr. 4 StBerG auch für Angehörige weniger qualifizierter Berufe gestatteten Rahmen hinaus; es kommt deshalb nicht entscheidend darauf an, ob der Beklagte die in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen erfüllt. Er durfte die übernommene Hilfe in Steuersachen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 StBerG nicht leisten. **Ein Verstoß gegen § 5 StBerG macht den Vertrag nach § 134 BGB nichtig** (ebenso OLG Koblenz NJW 1991, 430 f m.w.N.; OLG Naumburg DStR 1994, 1248; LG Berlin NJW-RR 1993, 434, 435; AG Oranienburg DStR 1994, 1923; Gehre, Steuerberatungsgesetz 3. Aufl. § 5 Rdn. 3; Späth, in: Bonner Handbuch der Steuerberatung § 5 StBerG Rdn. B 89, 2. Abs.). Denn das Verbot des § 5 Abs. 1 StBerG schützt besonders wichtige Gemeinschaftsgüter, nämlich nicht nur die Interessen der Steuerpflichtigen im allgemeinen (BVerfGE 54, 301, 315), sondern auch die Steuerrechtspflege (BVerfGE 21, 173, 179 f).

Zwar richtet sich das Verbot allein gegen den Hilfeleistenden, nicht auch gegen den Kunden. Dennoch **kann der Gesetzeszweck**, eine unsachgemäße Beratung und Vertretung des Steuerpflichtigen zu verhindern, **nur erreicht werden, wenn die Erfüllungsansprüche beider Teile vernichtet werden; behält nämlich der Steuerpflichtige seinen vertraglichen Leistungsanspruch, so könnte er den Steuerberater zur Fortsetzung seiner unerlaubten Tätigkeit zwingen** (ebenso zu § 134 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 RBeratG 37, 258, 262; 70, 12, 17; 102, 128, 130 = GI 88, 19; Senatsurt. v. 7.5.1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 = NJW-RR 1992, 1110, 1115).

An der Nichtigkeit ändert es nichts, daß der Beklagte die von ihm geschuldete Hilfeleistung durch den Kläger hat ausführen lassen, der dazu befugt war. § 5 Abs. 1 StBerG soll im Interesse der Allgemeinheit sicherstellen, daß gerade der Vertragspartner selbst zur Hilfeleistung in Steuersachen befugt ist. Denn zum einen trägt grundsätzlich der Vertragspartner die eigenständige Verantwortung für die geschuldete Leistung; zum anderen können nur auf diese Weise klare und übersichtliche Verhältnisse für alle Betroffenen geschaffen werden (ebenso BGHZ 98, 330, 335 f; OLG Düsseldorf DB 1982, 1053; zur Art. 1 § 1 RBeratG auch BGH, Urt. v. 18.5.1995 – III ZR 109/94, DB 1995, 1558, 1559). **Damit ist jedenfalls eine Vertragsgestaltung nicht vereinbar, die denjenigen zum Vertragspartner des Auftraggebers macht, der nicht die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, während der qualifizierte Fachberater lediglich als Erfüllungsgehilfe der vertraglich zur Beratung verpflichteten Partei erscheint** (vgl. BGH, Urt. v. 24.6.1987 – I ZR 74/85, VersR 1988, 132, 133 zu Art. 1 § 1 RBeratG; Schäfer, in: Kuhls/Meurers/Maxl/Schäfer/Goez, Steuerberatungsgesetz § 5 Rdn. 10). Da der Beklagte solche Verträge hier mit seinen Mandanten geschlossen hat, sind diese unwirksam.

b) Davon getrennt zu sehen ist aber der **Vertrag**, den der unbefugt zur Hilfeleistung Verpflichtete **mit einem Steuerberater** abschließt, um diese Verpflichtung zugunsten eines Dritten – des Steuerpflichtigen – zu erfüllen.

aa) Dieser Vertrag ist nicht wegen Verstoßes gegen § 134 BGB unwirksam. **Denn die Erfül-**

lung des Vertrages verstößt nicht unmittelbar gegen § 5 Abs. 1 StBerG. Der durch diesen Vertrag zur Hilfeleistung Verpflichtete ist hierzu befugt. Wem gegenüber die Hilfe zu leisten ist (§ 328 BGB), wird nicht durch § 5 Abs. 1 StBerG geregelt. Die Einschaltung gerade der zur Steuerberatung berechtigten Person löst auch nicht diejenigen Gefahren aus, denen das Verbot des § 5 Abs. 1 StBerG vorbeugen soll.

Allerdings besteht gegen eine solche Vertragsgestaltung das Bedenken, daß sie die Unabhängigkeit des Steuerberaters gefährden kann (vgl. BGHZ 98, 330, 335 f; OLG Düsseldorf a.a.O.). Er hat nicht allein auf die Belange des Steuerpflichtigen Rücksicht zu nehmen, sondern zugleich – und im Kollisionsfalle vorrangig – auf diejenigen seines eigenen Vertragspartners, nämlich des Wirtschaftsberaters, der selbst nicht im Rahmen der §§ 3 und 4 StBerG tätig wird. Die Interessen des Auftraggebers können allgemein denen des ihm vertraglich verpflichteten Beraters zuwiderlaufen.

In diesem Spannungsverhältnis wirken sich aber andere Berufspflichten des Steuerberaters aus als das in § 5 Abs. 1 StBerG niedergelegte Verbot, das ihn persönlich überhaupt nicht treffen kann. **Gemäß § 57 Abs. 1 StBerG haben Steuerberater ihren Beruf unter anderem eigenverantwortlich auszuüben. Der Steuerberater muß also seine Entscheidungen selbst treffen und darf nicht an Weisungen gebunden sein, die ihm die Freiheit zu pflichtgemäßem Handeln nehmen** (vgl. § 60 Abs. 2 StBerG). Damit ist es unvereinbar, wenn der Steuerberater eine fremde Vertragspflicht zur Steuerberatung im fremden Namen zu erfüllen hat und hierbei weder rechtlich noch praktisch gewährleistet ist, daß ihm trotz der zusätzlich einwirkenden Belange des Auftraggebers – der nicht zugleich der Steuerpflichtige ist – die Freiheit zu pflichtgemäßem Handeln verbleibt (vgl. Gehre a.a.O. § 57 Rdn. 29 am Ende). In dieser Hinsicht ist eine klare und eindeutige Regelung der Verantwortlichkeit nötig. Absprachen, die zu einer verdeckten Einschaltung eines Steuerberaters führen sollen, genügen dem nicht.

Jedoch stellt § 57 StBerG nur eine Disziplinvorschrift dar, die sich einseitig gegen den Steuerberater richtet, nicht auch gegen dessen Vertragspartner. Der Verstoß dagegen

ist – anders als eine Verletzung des § 5 Abs. 1 StBerG (vgl. § 160 Abs. 1 Nr. 1 StBerG) – nicht bußgeldbewehrt. Es kommt hinzu, daß ein Steuerberater – anders als ein Rechtsanwalt (BGHZ 65, 238, 239) – bei seiner Berufsausübung nicht notwendigerweise in eigene Rechtsbeziehungen zu den Auftraggebern treten muß; er darf vielmehr auch als Angestellter von unabhängigen Steuerberatern (§ 58 Abs. 1 StBerG) und den in § 58 Abs. 2 StBerG genannten Einrichtungen tätig sein, wenn die in § 60 StBerG genannten Voraussetzungen erfüllt sind (Gehre a.a.O. § 60 Rdn. 2; Späth a.a.O. § 60 StBerG Rdn. B 875). **§ 57 Abs. 1 StBerG verbietet also nicht schlechthin jede in abhängiger Stellung ausgeübte Berufstätigkeit des Steuerberaters.** Dann führt die Vorschrift auch nicht gemäß § 134 BGB ohne weiteres zur Nichtigkeit eines Vertrages, durch den sich, wie hier, ein Steuerberater gegenüber einer nicht zur Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person gegen Entgelt verpflichtet, dessen Klienten ordnungsgemäß zu betreuen.

Ein Rechtsgeschäft ist nach § 134 BGB nur nichtig, wenn sich das gesetzliche Verbot gerade gegen seine Vornahme richtet (BGH, Ur. v. 8. 6. 1983 – VIII ZR 77/82, NJW 1983, 2873). In diesem Sinne mag § 57 Abs. 1 StBerG – ggf. in Verbindung mit § 60 StBerG – trotz des wenig konkreten Gehalts ein Verbotsgesetz gegen Rechtsgeschäfte sein, die gezielt oder wenigstens mit hoher Wahrscheinlichkeit ein eigenverantwortliches Handeln des Steuerberaters beschränken sollen, beispielsweise die Aufnahme eines Berufsfremden als stillen Gesellschafters mit wesentlichen Rechten zur Einflußnahme auf die Steuerberatungstätigkeit selbst (vgl. BGH, Ur. v. 24. 9. 1979 – II ZR 95/78, NJW 1980, 638 f zu § 8 ApothG) oder die Begründung eines Arbeitnehmerverhältnisses des steuerlichen Beraters (§ 57 Abs. 4 Nr. 2 StBerG). Die Vorschrift führt aber jedenfalls nicht zur Nichtigkeit jedes Vertrages, der eine Einflußnahme nur möglicherweise bewirken kann. Stets hängt es von den Umständen des Einzelfalles ab, ob der Berufsangehörige in den wesentlichen Bereichen noch die Freiheit zu pflichtgemäßem Handeln behält. **Die bloße Gefahr, die Eigenverantwortlichkeit des Steuerberaters mittelbar zu beeinflussen, kann von vielen, unterschiedlichen Vertrags-**

gestaltungen ausgehen. Die hier fragliche Vertragsgestaltung verstärkt diese abstrakte Gefahr zwar, macht ihren Eintritt aber keineswegs wahrscheinlich. Der Klägervortrag gibt nichts dafür her, daß der Beklagte schon nach dem Inhalt der Parteiabsprachen unmittelbar die Buchführungsarbeiten des Klägers gegenüber den Mandanten hätte beeinflussen dürfen. Der Kläger wurde dadurch ferner nicht etwa zum Arbeitnehmer der Beklagten. Für den Arbeitnehmerbegriff des § 57 Abs. 4 Nr. 2 StBerG ist das Ausmaß der Fremdbestimmung entscheidend (BFH StB 1979, 34, 35; Maxl, in: Kuhl/Meurers/Maxl/Schäfer/Goez a.a.O. § 57 Rdn. 442, 444; Gehre a.a.O. § 57 Rdn. 89 f). Für den vorliegenden Fall ist nicht dargetan, daß der Kläger etwa an **zeitliche Vorgaben** des Beklagten gebunden gewesen wäre. Der **Umfang der übertragenen Mandate** war zudem verhältnismäßig gering, so daß dem Kläger nicht schon allein dadurch die Gestaltung seiner Berufstätigkeit praktisch vorgegeben wurde. Vielmehr blieb der Charakter der Einzelbetreuung der vermittelten Mandanten erhalten (vgl. zu dieser Voraussetzung im Zusammenhang mit § 7 Nr. 8 BRAO BGH, Beschl. v. 27. 5. 1991 – AnwZ [B] 4/91, GI 92, 88 = NJW 1991, 2289).

Auf der anderen Seite wird dem Steuerpflichtigen durch diesen Vertrag jedenfalls der Gestaltung nach eine fachkundige Beratung zuteil, mit der er ohne die Einschaltung des Steuerberaters nicht rechnen könnte. Es ist also gerade nicht die ordnungsmäßige Erfüllung des zwischen dem Steuer- und dem Wirtschaftsberater geschlossenen Vertrages, die den Zweck des § 5 Abs. 1 StBerG verfehlt, sondern im Gegenteil das darin nur als möglich angelegte **Risiko einer nicht voll dem § 57 Abs. 1 StBerG entsprechenden Erfüllung. Das allein rechtfertigt es nicht, das Rechtsgeschäft insgesamt und somit schon den Erfüllungsanspruch daraus für unwirksam zu erklären** (ebenso Gehre a.a.O. § 57 Rdn. 4; Maxl a.a.O. § 57 Rdn. 27; für § 57 Abs. 4 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 StBerG auch BGHZ 78, 263, 265 f).

Der vom Berufungsgericht hervorgehobene Gesichtspunkt, daß der Kläger dem Beklagten Beihilfe bei dessen Verhalten gegenüber dem Mandanten geleistet habe, ist für die Anwendung des § 134 BGB auf das hier fragliche

Rechtsgeschäft unerheblich. Der Umstand mag für die Sittenwidrigkeit des Vertrages (unten bb) Bedeutung haben, betrifft aber lediglich eine weitere Rechtsfolge, die nicht dem Vertrag der Parteien selbst anhaftet. Als Steuerberater könnte der Kläger selbst nie Täter eines Verstoßes gegen § 5 Abs. 1 StBerG sein; daß er einem anderen dabei behilflich ist, führt im Ergebnis nicht gerade die durch diese Vorschrift zu bannende Gefahr herbei. Im übrigen wird die vom Berufungsgericht im Rahmen des § 134 BGB vorgenommene Gleichstellung von Täter und Gehilfen nicht dem Umstand gerecht, daß in erster Linie der Beklagte selbst die Umgehung des § 5 Abs. 1 StBerG zu verantworten hat. Dem widerspräche es, wenn der Beklagte dem Kläger das diesem vertragsgemäß zugesagte Honorar verweigern dürfte, während andererseits nichts dafür dargetan ist, daß der Beklagte selbst von Kunden auf Rückzahlung der Vergütung in Anspruch genommen wird; er würde dann alleinigen Nutzen aus einer Nichtigkeit ziehen. **Der Gesetzeszweck des § 5 Abs. 1 StBerG wird jedoch dann am wirksamsten erreicht, wenn derjenige, der nicht zur Hilfeleistung in Steuersachen befugt ist, das Risiko des Scheiterns eines gesetzeswidrig durchgeführten Vertrages nicht einmal teilweise auf Dritte abwälzen kann.**

bb) Gemäß § 57 Abs. 1 und 2 StBerG mag der Kläger mit dem Abschluß des hier fraglichen Vertrages allerdings standeswidrig gehandelt haben. **Standeswidrige Rechtsgeschäfte** können bei einem rechtlich anerkannten, für die Allgemeinheit wichtigen Berufsstand – wie dem des Steuerberaters – sittenwidrig sein, wenn der Berufsangehörige sich dadurch in einer Weise verhält, die zugleich Werte der Rechts- oder Sittenordnung verletzt (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl. § 138 Rdn. 57). **Hingegen rechtfertigt nicht schon jeder Verstoß gegen Standesrecht die Anwendung des § 138 Abs. 1 BGB** (BGHZ 60, 28, 33 m.w.N.; 78, 263, 267). Mit diesem Ansatz weicht der Senat nicht etwa vom Urteil BGHZ 98, 337, 339 f ab; denn **die Frage, ob Werbung mit einer Zusammenarbeit wie der hier durchgeführten sittenwidrig ist, hat nichts damit zu tun, ob der auf diese Zusammenarbeit gerichtete Vertrag auch im Innenverhältnis nichtig ist (ebenso Gehre a.a.O. § 57 Rdn. 4).**

Die Eigenverantwortlichkeit des Steuerberaters ist sowohl zum Schutz des Mandanten als auch im allgemeinen Interesse ein für die Rechtsordnung wesentliches Gut. **Deshalb sind Verträge regelmäßig sittenwidrig, deren Abschluß die Unabhängigkeit des Freiberuflers konkret gefährdet** (vgl. – für Rechtsanwälte – Senatsurt. v. 31. 10. 1991 – IX ZR 303/90, NJW 1992, 681, 682), die also die bestimmte Gefahr auslösen, daß der Steuerberater seine gesetzliche Aufgabe nicht sachgerecht wird erfüllen können. Diese Voraussetzung hat das Berufungsgericht hier nicht festgestellt.

Die **abstrakte Möglichkeit** allein, daß die Vertragsgestaltung die Entscheidungsfreiheit des Klägers beeinträchtigen könnte, **genügt für § 138 Abs. 1 BGB nicht**, solange der Vertrag nicht schon seinem Inhalt nach (wie z.B. bei Erfolgshonoraren) auf eine solche Beeinträchtigung angelegt ist. Dazu reicht nicht bereits der Umstand aus, daß der Kläger sein Honorar nicht vom Steuerpflichtigen, sondern vom Beklagten erhalten sollte. Ferner behauptet der Beklagte selbst nicht, daß etwa der Kläger den **Anstoß zu einer gezielten und planmäßigen Umgehung des § 57 StBerG** gegeben hätte.

Darüber hinaus hätte das Verhalten des Klägers sittenwidrig sein können, wenn er mit dem Beklagten zusammengewirkt hätte, um die **Kunden zu täuschen**. Der Kläger behauptet jedoch, den Mandanten sei jeweils bekannt gewesen, daß er anstelle des Beklagten die Buchführungsarbeiten erledige; damit seien sie einverstanden gewesen. Bei Rückfragen habe er sich auch unmittelbar an die Mandanten gewandt.

cc) Das Berufungsurteil beruht danach auf einem Rechtsfehler.

II.

Es erweist sich nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO). Die Klage ist wenigstens dem Grunde nach schlüssig.

1. Der Kläger behauptet, die **Buchhaltung** für fünf verschiedene Kunden im Sinne des **§ 33 StBGebV** geführt zu haben, und hat dafür eine **Rechnung** gemäß **§ 9 StBGebV** erteilt. Allerdings behauptet er, mit dem Beklagten vereinbart zu haben, die Arbeiten für ein Pauschalhonorar von 35 DM je Stunde zu verrichten;

dementsprechend hatte er sich zunächst ein insgesamt etwas niedrigeres Honorar errechnet. Eine solche Vereinbarung wäre zugunsten des Beklagten wirksam. Denn die **Steuerberatergebührenverordnung schließt die Vereinbarung einer anderen Vergütung zivilrechtlich nicht aus** (*Amtliche Begründung – Allgemeiner Teil – zur Steuerberatergebührenverordnung, BR-Drucks. 419/81 S. 46; Gehre a.a.O. § 64 Rdn. 4*). Insbesondere ist § 64 Abs. 1 Satz 3 StBerG i.V.m. § 4 Abs. 1 StBGebV im Umkehrschluß zu entnehmen, **daß die Vereinbarung einer niedrigeren als der in der Verordnung bestimmten Vergütung zivilrechtlich Bestand hat** (*Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl. § 4 Rdn. 3; Mittelsteiner/Scholz, StBGebV 3. Aufl. Einführung 3 und 5, S. 28 f und 32 f*). Ob die Vertragsfreiheit dort ihre Grenze findet, wo die Systematik der Gebührenverordnung insgesamt verlassen werden soll (so *Kuhls, in: Kuhls/Meurers/Maxl/Schäfer/Goez a.a.O. § 64 Rdn. 5*), mag hier offen bleiben; denn § 13 StBGebV sieht eine Zeitgebühr grundsätzlich vor. Die Rechtsnorm bietet jedenfalls keinen Anhaltspunkt dafür, daß schon jede Unterschreitung des vorgesehenen Rahmens mit zivilrechtlicher Wirkung (§ 134 BGB) ausgeschlossen sein soll. **Ein dem § 49 b Abs. 1 BRAO entsprechendes Verbot enthält das Steuerberatungsgesetz nicht.**

Allerdings mag der Kläger mit dieser Vereinbarung **gegen Nr. 22 Abs. 2 RichtlStB verstoßen** haben (*vgl. Kuhls a.a.O. § 64 Rdn. 37; ferner OVG Hamburg DStR 1989, 683 f*). Das ist hier jedoch unerheblich, weil ein solcher Verstoß jedenfalls nicht zur Nichtigkeit der Absprache führt (§ 138 Abs. 1 BGB). Die Vereinbarung eines Stundensatzes von 35 DM ist zwar, gemessen an § 13 Satz 2 StBGebV, für den Auftraggeber des Steuerberaters besonders günstig; ein derartiges Entgegenkommen kann dem Steuerberater auch Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Standesangehörigen verschaffen. Es verletzt aber noch nicht Werte der Rechts- oder Sittenordnung. **Die niedrigste Zeitgebühr nach § 13 Satz 2 StBGebV wird um 30 % unterschritten.** Andererseits gestattet § 14 StBGebV grundsätzlich auch Pauschalvergütungen. Vereinbart der Steuerberater für die Durchführung mehrerer Buchführungsarbeiten einheitlich einen bestimmten Stundensatz, mit der Folge, daß die ihm erwachsenen Gebühren in begrenztem

Maße unter den taxmäßig entstehenden liegen, **so verletzt das noch nicht allgemeine Interesse, insbesondere nicht die Ordnung der Steuerrechtspflege.**

Die Weigerung des Beklagten, die berechneten Zeitgebühren zu zahlen, und sein Bestreiten einer entsprechenden Vereinbarung geben dem Kläger von Rechts wegen keinen Grund, eine höhere als die nach seiner Darstellung vereinbarte Vergütung zu berechnen. Die ermittelten Zeitgebühren dürfen also insgesamt nicht überschritten werden, auch wenn bis zu dieser Grenze eine dem § 9 StBGebV entsprechende Gebührenberechnung vorgenommen werden kann.

2. Der Umstand, daß der Kläger dem Beklagten die Arbeitsergebnisse des Jahres 1991 für den Mandanten S. noch nicht ausgehändigt hat, führt – entgegen der Auffassung des Landgerichts – nicht dazu, daß die vom Kläger dafür berechneten Gebühren nicht **fällig** wären. Nach der Behauptung des Klägers hat er die Buchhaltungsarbeiten ausgeführt, so daß sein Honoraranspruch entstanden ist. **Gemäß § 7 StBGebV wird die Vergütung des Steuerberaters fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist.** Der Auftrag ist hier durch die vom Kläger ausgesprochene Kündigung – nach der vom Beklagten verweigerten Zahlung – jedenfalls **gemäß § 627 BGB wirksam beendet worden.** Die dem Kläger bis dahin bereits entstandenen Gebührenforderungen werden hierdurch nicht beeinträchtigt (§ 12 Abs. 4 StBGebV). Die Belange des Auftraggebers – vorliegend: des Beklagten – werden dadurch **geschützt, daß er seinerseits regelmäßig nur Zug um Zug gegen Aushändigung der erstellten Unterlagen zu zahlen braucht** (§§ 320, 322 BGB). Auf die Frage, ob der Kläger seinerseits die Aushändigung der Arbeitsergebnisse von der Honorarzahlgung abhängig machen konnte (*vgl. BGH, Urt. v. 17. 2. 1988 – IVaZR 262/86, GI 88, 117 = BB 1988, 656, 657*), kommt es hier nicht an.

III.

Der Senat kann in der Sache selbst nicht abschließend entscheiden (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO). Der Beklagte verteidigt sich in rechtserheblicher Weise gegen die Klage.

1. Er behauptet, die Parteien hätten vereinbart, die Buchführungsarbeiten des Klägers mit einer monatlichen Pauschale von zwischen 75 und 125 DM je Mandant zu vergüten. Eine solche Vereinbarung wäre auch dann nicht ohne weiteres rechtsunwirksam, wenn die vereinbarte Vergütung weniger als das nach § 33 StBGebV zu berechnende Honorar ausmachen sollte (siehe oben II 1). Anders würde es sich nur verhalten, wenn die Pauschale so viel niedriger wäre als das von den Mandanten für die Arbeiten anteilig an den Beklagten zu entrichtende Entgelt, daß damit im Ergebnis eine **verschleierte Vermittlungsprovision des Klägers an den Beklagten** beiderseits bezweckt gewesen wäre. **Sie verstieße gegen § 9 Abs. 2 StBerG** (vgl. *Gehre, a.a.O. § 9 Rdn. 5; ferner Maxl a.a.O. § 57a Rdn. 93*) **und damit gegen ein Verbotsgesetz im Sinne des § 134 BGB** (vgl. *Kuhls a.a.O. § 9 Rdn. 17, 19 f; Gehre, a.a.O. § 9 Rdn. 1; zu § 43 BRAO a. F. – jetzt § 49 b Abs. 3 Satz 1 BRAO n. F. – auch KG NJW 1989, 2893 f mit im Ergebnis zustimmender Anm. von Taupitz S. 2871 f*). Die Vorschrift soll die Unabhängigkeit der zur Hilfeleistung in Steuersachen befugten Personen sichern (*Gehre, a.a.O. § 9 Rdn. 2; vgl. Kuhls a.a.O. § 9 Rdn. 15*), also ein wichtiges Gemeinschaftsgut. Obwohl sich dieses Verbot lediglich gegen den Steuerberater richtet, ist es – wie beabsichtigt – zivilrechtlich nur durchzusetzen, indem auch der Provisionsanspruch des Vermittlers vernichtet wird.

Ferner **bestreitet der Beklagte sowohl die vom Kläger angegebenen Arbeitsstunden als auch die im Rahmen des § 33 StBGebV angesetzten Werte**. Dieses Bestreiten ist, entgegen der Ansicht des Landgerichts, nicht gemäß § 138 Abs. 4 ZPO unzulässig. **Nach § 33 Abs. 6 StBGebV ist Gegenstandswert der Umsatz desjenigen Jahres, für das die Buchhaltung zu errichten ist**. Bereits der Begriff des Jahresumsatzes ist nicht genau festgelegt (vgl. *Eckert/Böttcher a.a.O. §§ 32 bis 33 Anm. 6; Mittelsteiner/Scholz a.a.O. § 33 Anm. 3*) und setzt sich aus einer großen Zahl von Einzeltatsachen zusammen. Insgesamt handelt es sich um einen komplexen Rechtsbegriff, der fachkundige Wertungen voraussetzt. Zudem ist nicht ersichtlich, daß der Beklagte die Umsätze der jeweiligen Mandanten in den fraglichen Jahren kennt. Allein der Umstand, daß er die Unterlagen

möglicherweise zeitweise in Besitz gehabt hat, macht den Jahresumsatz nicht schon zum Gegenstand der eigenen Wahrnehmung des Beklagten. Er war verpflichtet, die Unterlagen den Mandanten auszuhändigen, brauchte sie aber nicht seinerseits zuvor durchzuarbeiten. Die von § 138 Abs. 4 ZPO vorausgesetzte Unterrichtungspflicht geht nicht so weit, daß der Beklagte sich vorsorglich eine große Zahl von Einzelheiten vormerken oder sie später von den Mandanten wieder erfragen müßte; ob diese überhaupt noch zur Auskunft verpflichtet wären, kann danach offenbleiben.

2. Der Beklagte beruft sich auf Mängel der Buchführungsarbeiten, die der Kläger für den Mandanten S. tatsächlich ausgeführt hat; zur **Beseitigung der Fehler** soll ein Kostenaufwand von 5.200 DM nötig gewesen sein. Das ist gegenüber dem Klagevorbringen erheblich.

IV.

Der Rechtsstreit ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, damit die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen getroffen werden können. Für das weitere Verfahren weist der Senat vorsorglich auf folgendes hin:

1. Der Beklagte behauptet, die Parteien hätten zusätzlich vereinbart, daß der Kläger zwar – insoweit unstreitig – über die hier fraglichen Buchführungsarbeiten hinaus die Bilanzierungs- und Abschlußarbeiten unmittelbar als bevollmächtigter Steuerberater der jeweiligen Mandanten übernehmen sollte; im Innenverhältnis hätte er aber diese Arbeiten durch den Beklagten verrichten lassen und dafür zwei Drittel der anfallenden Vergütung an diesen abführen sollen. Eine solche Absprache der Parteien wäre gemäß § 134 BGB nichtig (siehe oben I 2a). Auf den die Buchführungsarbeiten selbst betreffenden Vertrag – auf den allein die vorliegende Klage gestützt wird – könnte sich das jedoch nur aufgrund des § 139 BGB auswirken. Der Vortrag des Beklagten – der Kläger hat die angebliche zusätzliche Abrede ohnehin bestritten – ermöglicht nicht die abschließende Beurteilung, ob die als Klagegrundlage dienende Absprache über die Verrichtung von Buchführungsarbeiten einerseits sowie die behauptete Vereinbarung über die Übertragung von Bilanzierungs- und Abschlußarbeiten ande-

rerseits ein einheitliches Rechtsgeschäft im Sinne von § 139 BGB bilden.

2. Soweit das Berufungsgericht gemeint hat, dem Kläger stünden auch keine Ansprüche gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB zu, hat es § 818 Abs. 3 BGB nicht richtig angewendet. Der Beklagte hat die vom Kläger ausgeführten Buchführungsleistungen erhalten und legt nicht dar, daß seine Mandanten ihrerseits nicht etwa die dafür geschuldete Vergütung an ihn, den Beklagten, entrichtet haben. **Die bloße Verpflichtung des Beklagten, die von den Kunden erlangte Vergütung gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 134 BGB (s. o. I 2 a) herauszugeben, mindert seine Bereicherung gegenwärtig noch nicht.** Der Beklagte behauptet nicht, daß die Mandanten die Rückzahlung tatsächlich verlangt hätten. Solange sie ihre Ansprüche nicht geltend machen oder der Beklagte sie nicht erfüllt, ist sein Vermögen nicht um die empfangene Gegenleistung wieder gemindert.

§ 817 Satz 2 BGB greift demgegenüber nur ein, wenn der Kläger den Verstoß gegen § 134 oder § 138 BGB kannte (vgl. BGHZ 50, 90, 92; 70, 12, 18).

3. Die vom Beklagten erhobene **Verjährungseinrede gegenüber dem Honoraranspruch des Klägers** für den Mandanten für das Jahr 1990 könnte allenfalls auf der Grundlage eines vereinbarten Stunden- oder Mandantenlohnes erheblich sein. Da bei einer **Abrechnung gemäß § 33 StBGebV** der Jahresumsatz zugrunde zu legen ist, kann die sich daraus ergebende **Vergütung erst im nächsten Kalenderjahr fällig werden** (vgl. Späth in Bonner Handbuch der Steuerberatung § 64 StBerG Rdn. B 922).

Berufsverbot

- Falschaussage
 - Zeugenbeeinflussung
 - schwerwiegende Standesverfehlung
- (BGH, Urt. v. 29. 1. 1996 - AnwSt (R) 11/95)

Leitsatz:

Zur Abgrenzung von beruflichen und außerberuflichen Pflichtverletzungen.

Aus den Gründen:

Das Anwaltsgericht hat es dem Rechtsanwalt verboten, auf dem Gebiet des Strafrechts einschließlich der damit zusammenhängenden Rechtsgebiete (Ordnungswidrigkeitenrecht, Disziplinarrecht und Standesrecht) als Vertreter und Beistand für die Dauer von vier Jahren tätig zu sein. Der Anwaltsgerichtshof hat seine Berufung verworfen und auf die Berufung der Generalstaatsanwaltschaft die Dauer des Vertretungsverbots auf fünf Jahre festgesetzt. Dagegen richtet sich die auf Verfahrensrügen und die Sachbeschwerde gestützte Revision des Rechtsanwalts und die zu Ungunsten des Rechtsanwalts eingelegte Revision der Generalstaatsanwaltschaft mit der Rüge der Verletzung materiellen Rechts. Beide Rechtsmittel hatten keinen Erfolg.

Dem Schuldspruch liegen die als bindend zugrundegelegten Feststellungen des in dem Strafverfahren gegen den Rechtsanwalt ergangenen rechtskräftigen Berufungsurteils zugrunde. Danach hat der Rechtsanwalt im Januar 1992 als Verteidiger seines Sohnes eine Zeugin zur Falschaussage angestiftet und in der Hauptverhandlung deren Vereidigung beantragt. Zu der Vereidigung kam es nicht, weil das Gericht davon absah. Wegen dieser Tat ist der Rechtsanwalt zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt worden.

Der Anwaltsgerichtshof hat weiter festgestellt, daß der Rechtsanwalt die Zeugin im Januar 1993 vor ihrem Termin in dem gegen sie eingeleiteten Strafverfahren wegen uneidlicher Falschaussage zufällig auf dem Gerichtsflur getroffen und ihr geraten hat, nicht auszusagen, einer Einstellung nicht zuzustimmen und auf Rechtsmittel nicht zu verzichten. Dieses Einwirken auf die Zeugin hat der Anwaltsgerichtshof als Nachtatverhalten angesehen und bei seinen Zumessungserwägungen herangezogen. An einer Wertung als außerberuflicher Pflichtverletzung hat er sich durch die Sperrwirkung des § 113 Abs. 2 BRAO n.F. gehindert gesehen.

Die Generalstaatsanwaltschaft verweist zu Recht auf die ständige Rechtsprechung (BGHSt 27, 305 f), nach der bei einem prozessualen Zusammentreffen von außerberuflichen und beruflichen Pflichtverletzungen § 113 Abs. 2 BRAO grundsätzlich nicht zur Anwendung kommt (kritisch dazu Jähnke, Festschrift für Pfeiffer, S. 941).

Durch die Verschärfung der Anforderungen an die Ahndungsbedürftigkeit der außerberuflichen Pflichtverletzung in der Neufassung des § 113 Abs. 2 BRAO wird dieser Grundsatz nicht berührt (vgl. auch *BT-Drucks. 12/4993*). Allerdings wird die Zurechnung des Fehlverhaltens zum außerberuflichen Bereich dem Sachverhalt nicht gerecht. Um berufliche Pflichtverletzungen handelt es sich, wenn der Rechtsanwalt Pflichten verletzt, die ihm kraft seines Berufes obliegen oder die sich sonst auf seinen Beruf beziehen (*BGHSt 28, 150 ff*). Für einen funktionalen und kausalen Zusammenhang zwischen der Berufsausübung des Rechtsanwalts und der Beratung der Zeugin sprechen aber neben der Tatsache, daß das Verfahren gegen die Zeugin eine Folge der beruflichen Pflichtverletzung des Anwalts war, die weiteren Umstände. Die Besprechung erfolgte unmittelbar vor der Hauptverhandlung in einer Rechtssache, die der Rechtsanwalt genau kannte. Sein Verhalten stellte sich als Rechtsberatung dar, auch wenn ein Auftrag nicht vorlag. Daß die Beratung der Zeugin zu ihrem Verteidigungsverhalten nicht ihren Interessen entsprach und dies dem Rechtsanwalt auch bewußt war, hat der Anwaltsgerichtshof rechtsfehlerfrei festgestellt.

Daß der Anwaltsgerichtshof insoweit nicht eine berufliche Pflichtverletzung angenommen hat, berührt jedoch den Bestand des Urteils nicht.

Der Anwaltsgerichtshof hat bei der Prüfung der Frage, ob ein Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft anzuordnen ist, dieses Fehlverhalten berücksichtigt, aber das Maß der persönlichen Schuld und Gefährlichkeit des Rechtsanwalts für die Rechtspflege durch die besondere Konfliktlage, in der er sich befand, gemindert gesehen. Anhaltspunkte dafür, daß eine Würdigung der Verfehlung als berufliche Verfehlung im Rahmen des Gesamtverhaltens zu einer anderen Beurteilung geführt hätte, sind nicht ersichtlich.

Auch der Rechtsfolgenausspruch hält rechtlicher Prüfung stand.

Allerdings ist ein Rechtsanwalt, der wegen eines Aussagedelikts bestraft werden mußte, in der Regel als Rechtsanwalt untragbar (*Senatsbeschuß v. 27.5.1991 – AnwSt [R] 3/91; BRAK-Mitt. 1991, 229*). Dies hat der Anwaltsgerichtshof nicht verkannt, von der Anordnung des Ausschlusses aus der Rechtsan-

waltschaft aber nach einer zwar knappen, aber noch ausreichenden Würdigung der Persönlichkeit und des Gesamtverhaltens des Rechtsanwalts abgesehen. In diesem Zusammenhang hat er entscheidend auf die besondere Situation abgestellt, in der der Rechtsanwalt die Pflichtverletzungen begangen hat. Hätte der Anwaltsgerichtshof mit diesen Ausführungen allerdings nur dem verminderten Schuldgehalt Rechnung tragen wollen, wären diese Erwägungen nicht geeignet, eine Ausnahme von der regelmäßig in Fällen dieser Art anzuordnenden Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft zu begründen. Der Schuldgehalt der Tat hat für die Ahndung im standesrechtlichen Verfahren eine geringere Bedeutung als im allgemeinen Strafrecht (vgl. auch *Gribbohm, Festschrift für Pfeiffer, S. 911, 916*). Die Ausführungen des angefochtenen Urteils rechtfertigen aber auch den allerdings vom Anwaltsgerichtshof nicht besonders hervorgehobenen Schluß, daß die **Gefahr erneuter schwerwiegender Standesverfehlungen** nur in Ausnahmefällen zu befürchten ist und ihr durch das angeordnete Vertretungsverbot begegnet werden kann. Dem angefochtenen Urteil läßt sich zudem entnehmen, daß die **wirtschaftlichen Folgen** eines Ausschlusses aus der Rechtsanwaltschaft den Rechtsanwalt, der noch vier Kinder zu unterhalten hat und dessen Ehefrau in seiner Kanzlei tätig ist, sehr hart treffen würden. Daß der Anwaltsgerichtshof sein den ihm zustehenden Beurteilungsspielraum bei der Anordnung der mildereren Sanktion eines Vertretungsverbots unter diesen Umständen überschritten hat, ist danach nicht zu erkennen.

Die verhängte Maßnahme nach § 114 Abs. 1 Nr. 4 BRAO ist weder nach ihrer Art noch nach ihrer Dauer zu beanstanden. Rechtlich fehlerfrei hat der Anwaltsgerichtshof das Vertretungsverbot für das Rechtsgebiet (und die damit zusammenhängenden im einzelnen aufgeführten Rechtsgebiete) ausgesprochen, auf dem der Rechtsanwalt seine Berufspflicht als Verteidiger verletzt hat. Der Anwaltsgerichtshof hat sich allerdings nicht damit auseinandergesetzt, wie sich das Vertretungsverbot für die berufliche Existenz des Rechtsanwalts auswirkt. Angesichts der noch verbleibenden Tätigkeitsgebiete kann aber ausgeschlossen werden, daß als zwangsläufige Folge dieser Maßnahme der wirtschaftliche Existenzverlust eintritt.

Fristenkontrolle

- Posteingang
 - Fristenüberwachung durch RA
 - Empfangsbekenntnis
- (BGH, Urt. v. 26. 3. 1996 – IVZB 1 + 2/96)

Leitsatz:

Der Rechtsanwalt darf das Empfangsbekenntnis über eine Urteilszustellung erst unterzeichnen und zurückgeben, wenn in den Handakten die Rechtsmittelfrist festgehalten und vermerkt worden ist, daß die Frist im Fristenkalender notiert worden ist.

Aus den Gründen:

I. Durch Urteil vom 7.2.1995, zugestellt am 3.3.1995, hat das Landgericht die Klage, mit der der Kläger die Verurteilung der Beklagten zur Zahlung eines angemessenen Schmerzensgeldes begehrt hat, abgewiesen. Die hiergegen gerichtete Berufung des Klägers ist am 6.4.1995 bei dem Berufungsgericht eingegangen. Nachdem der Prozeßbevollmächtigte des Klägers durch ein Schreiben vom 22.11.1995 auf die Versäumung der Berufungsfrist hingewiesen worden war, hat der Kläger mit einem am 29.11.1995 bei dem Oberlandesgericht eingegangenen Schriftsatz gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Zur Begründung dieses Antrags hat er vorgetragen:

Im Büro seiner erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten öffnete Rechtsanwalt S. die eingehende Post morgens selbst. Bei Zustellungen unterzeichne er das Empfangsbekenntnis und vermerke das Zustellungsdatum auf dem Zustellungsexemplar. Das Schriftstück werde dann mit der Handakte dem jeweiligen Sachbearbeiter vorgelegt, der die weitere Bearbeitung übernehme, insbesondere die Fristen berechne und deren Eintragung verfüge. So sei es auch mit der am 3.3.1995 zugestellten Urteilsausfertigung geschehen. Der Sachbearbeiter, Rechtsanwalt St., habe die Sache noch am 3.3.1995 bearbeitet und eine Vorfrist für den 25.3.1995 verfügt, die auch notiert worden sei. Am Abend

des 3.3.1995 sei Rechtsanwalt St. bis zum 14.3.1995 in Urlaub gefahren. Am 6.3.1995 sei den erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers das für den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten bestimmte Urteilsexemplar zugegangen, ohne daß Rechtsanwalt S. bei der Öffnung der Post bemerkt habe, daß auf dem Empfangsbekenntnis als Absender der Name des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten eingetragen gewesen sei. Rechtsanwalt S. habe – wie üblich – auf dem Empfangsbekenntnis das Datum des Zugangs eingesetzt und es unterzeichnet, außerdem habe er auf der Urteilsausfertigung als Eingangsdatum den 6.3.1995 vermerkt. Als die Akte dann nach Erteilung des Berufungsauftrags und der Kostendeckungszusage des Rechtsschutzversicherers am 21.3.1995 dem sachbearbeitenden Rechtsanwalt St. vorgelegt worden sei, habe dieser die zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers mit der Berufungseinlegung beauftragt. Dabei habe er in seinem Anschreiben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das landgerichtliche Urteil am 6.3.1995 zugestellt worden sei. Dieses Datum habe Rechtsanwalt St. dem handschriftlichen Vermerk des Rechtsanwalts S. auf der Urteilsausfertigung, die sich hinten im Deckel der Handakte befunden habe, entnommen. Daß sich unter dieser Urteilsausfertigung möglicherweise eine weitere mit dem Eingangsdatum 3.3.1995 befunden habe, sei Rechtsanwalt St. nicht aufgefallen. Die zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers hätten demgemäß die Berufungsfrist für den 6.4.1995 unter Kontrolle genommen und die Berufung zum Zwecke des Zeitgewinns auch erst an diesem Tag bei dem Oberlandesgericht eingereicht.

Das Oberlandesgericht hat durch Beschluß vom 14.12.1995 dem Kläger die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist verweigert und durch einen weiteren Beschluß vom selben Tag die Berufung des Klägers als unzulässig verworfen. Gegen diese ihm am 27.12.1995 zugestellten Beschlüsse richten sich die am 9.1.1996 eingegangenen sofortigen Beschwerden des Klägers.

II. Die form- und fristgerecht eingegangenen und auch sonst zulässigen sofortigen Beschwerden sind nicht begründet. Das Berufungs-

gericht hat dem Kläger mit Recht die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt.

1. Nach dem Vortrag zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrags ist davon auszugehen, daß die Versäumung der Berufungsfrist auf einem doppelten Verschulden des Rechtsanwalts Se. im Sinne von § 233 ZPO beruht, das sich der Kläger nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **darf der Rechtsanwalt das Empfangsbekenntnis über eine Urteilszustellung erst unterzeichnen und zurückgeben, wenn in den Handakten die Rechtsmittelfrist festgehalten und vermerkt ist, daß die Frist im Fristenkalender notiert worden ist** (vgl. BGH, Beschl. v. 30. 11. 1994 – XII ZB 197/94 – BGHR ZPO § 233 – Empfangsbekenntnis 1 m.w.N.). Dieses Sorgfaltsgebot hat Rechtsanwalt S. verletzt, als er am 3. 3. 1995 das Empfangsbekenntnis unterzeichnet und zurückgegeben hat, ohne zuvor die Notierung der Rechtsmittelfrist sichergestellt zu haben. Daran ändert auch nichts, daß nach der im Büro der erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers praktizierten Übung die Bearbeitung der Sache anschließend auf einen anderen Rechtsanwalt überging, zu dessen Aufgaben auch die Eintragung von Fristen zählte. Denn Rechtsanwalt Se. war bekannt, daß hierbei die Eintragung der Rechtsmittelfrist im Fristenkalender nicht vorgesehen war. Vorgesehen und auch erfolgt war zwar die Eintragung einer „Promptfrist“ vor Fristablauf. Diese Handhabung mag gewährleisten, daß eine Akte dem sachbearbeitenden Rechtsanwalt rechtzeitig vor dem Fristablauf vorgelegt wird. Sie führt aber nicht zwangsläufig zu einer gezielten Kontrolle, ob die Rechtsmittelfrist auch tatsächlich gewahrt worden ist. Hierzu ist die **Eintragung der Rechtsmittelfrist im Fristenkalender unerläßlich. Sie ist die Grundlage für die gebotene abendliche Erledigungskontrolle** (vgl. BGH, Beschl. v. 8. 12. 1993 – XII ZB 155/93 – BGHR ZPO § 233 – Fristenkontrolle 30).

Ein weiteres Versäumnis ist Rechtsanwalt S. unterlaufen, als er es am 6. 3. 1995 unterließ zu prüfen, ob das Empfangsbekenntnis, das er unterzeichnete, für die Prozeßbevollmächtigten des Klägers bestimmt war. Es hätte nur eines Blickes bedurft um festzustellen, daß auf dem

Empfangsbekenntnis als Absender der Name des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten eingetragen war.

2. Der Schuldvorwurf, der Rechtsanwalt S. zu machen ist, entfällt nicht deshalb, weil die Zustellung der für den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten bestimmten Urteilsausfertigung an die Prozeßbevollmächtigten des Klägers auf einem Versehen der Geschäftsstelle des Landgerichts beruht. Wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, geht es hier um einen anderen Sachverhalt als den, der dem Senatsbeschluß v. 7. 10. 1986 – VI ZB 8/86 – VersR 1987, 258, 259 – zugrunde lag. In jenem Fall hatte die vom Gericht verfügte **nachträgliche zweite Zustellung** des Urteils bei den Prozeßbevollmächtigten zu der Auffassung geführt, die erste Zustellung sei unwirksam. Der Senat hat hierzu entschieden, daß der Prozeßbevollmächtigte nicht schuldhaft handelt, wenn er angesichts der richterlichen Anordnung der erneuten Zustellung nunmehr darauf vertraut, daß erst die zweite Zustellung die Berufungsfrist in Lauf setzt. Für einen solchen Vertrauensschutz ist im vorliegenden Fall kein Raum. Das Versehen der Geschäftsstelle des Landgerichts hat einen Vertrauenstatbestand nicht geschaffen. Für die erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers bestand kein Grund daran zu zweifeln, daß die Zustellung vom 3. 3. 1995 wirksam war. Außerdem ergab sich aus der Namensangabe auf dem Empfangsbekenntnis zweifelsfrei und auf den ersten Blick, daß es sich bei der Zustellung vom 6. 3. 1995 um einen Irrläufer handelte. Im übrigen hätte sich das Versehen der Geschäftsstelle des Landgerichts auf die Wahrung der Berufungsfrist nicht ausgewirkt, wenn die Prozeßbevollmächtigten des Klägers ihrer Pflicht, einen Fristenkalender zu führen, in den die Rechtsmittelfristen eingetragen werden, genügt hätten. In diesem Fall hätte die Eintragung erst gestrichen werden dürfen, nachdem sich der sachbearbeitende Rechtsanwalt vergewissert hatte, daß die nach der ersten Zustellung eingetragene Frist – also der 3. 3. 1995 – den zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten mitgeteilt worden ist.

Honoraransprüche des Steuerberaters

- Zahlung auf Altschulden, § 366 Abs. 1 BGB
 - Verzug des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 6. 7. 1995 – 13 U 168/94)

Leitsätze (d. Red.):

1. Behauptet der Mandant, monatliche Zahlungen seien auf aktuelle Honoraransprüche und nicht auf Altschulden des Steuerberaters geleistet worden, ist er hierfür beweispflichtig (§ 366 Abs. 1 BGB).

2. Vor Zugang der unterschriebenen Honorarrechnung gerät der Mandant mit der Erfüllung der Zahlungspflicht nicht in Verzug (§ 9 Abs. 1 StBGebV).

Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten ist nicht begründet. Das Landgericht hat die Beklagte zu Recht zur Zahlung eines restlichen Honorars von 9.262,55 DM nebst Zinsen verurteilt.

I. Grundlage der vom Landgericht zugesprochenen Klageforderung sind die Rechnungen des Klägers für die Erstellung der Bilanzen und Steuererklärungen für die Steuerjahre 1990 und 1991 vom 30.7.1991 und 9.7.1991. Das Landgericht hat die Berechnung der Gebühren als zutreffend gewertet. Dies wird von der Berufung im einzelnen nicht angegriffen. Die Beklagte wendet sich auch nicht gegen die vom Landgericht getroffene Feststellung, wonach die von der Beklagten geleisteten Zahlungen von monatlich 650 DM als Pauschalvergütung für die monatlichen Buchführungsarbeiten bestimmt waren und nicht auf die mit der Klage geltend gemachten Forderungen zu verrechnen sind.

II. Die in der Berufungsinstanz aufrecht erhaltenen Einwendungen der Beklagten rechtfertigen nicht den auf Abweisung der Klage gerichteten Antrag.

1. Entgegen der Ansicht der Beklagten sind die seit dem Jahre 1987 **fortlaufend erbrachten**

Zahlungen von monatlich 500 DM auf die sogenannten Altschulden der Beklagten und nicht auf die seit dem Jahre 1987 entstandenen Honoraransprüche des Klägers für dessen steuerberatende Tätigkeit anzurechnen. Die Auffassung der Beklagten, sie habe bei der Leistung jeweils eine Bestimmung i.S.v. § 366 Abs. 1 BGB getroffen, wonach die monatlichen Zahlungen auf die ab 1987 begründeten Neuschulden anzurechnen seien, entbehrt der erforderlichen tatsächlichen Grundlage. Nach dem Ergebnis der in erster Instanz durchgeführten Beweisaufnahme ist im Anschluß an die Aussagen der Zeuginnen davon auszugehen, daß die monatlichen Zahlungen von 500 DM auf die sogenannten Altschulden zu verrechnen waren. Unterlagen, deren Inhalt für die Richtigkeit der Darstellung der Beklagten sprechen könnte, wurde nicht überreicht. **Die vom Kläger als Anlage zu einem Kontoauszug vorgelegte Gutschriftanzeige enthält keine Angaben über eine Leistungsbestimmung i.S.v. § 366 Abs. 1 BGB. Mangels gegenteiliger Anhaltspunkte ist somit davon auszugehen, daß die monatlichen Ratenzahlungen von 500 DM zur Tilgung der Altschulden bestimmt waren.**

2. Bei der Anfertigung der Bilanz der Beklagten für das Jahr 1991 sind dem Kläger keine Fehler unterlaufen, die zu einer vermeidbaren steuerlichen Mehrbelastung von 14.167 DM geführt hätten.

Unberechtigt ist zunächst der Vorwurf der Beklagten, der Kläger habe es unterlassen, in die Jahresbilanz 1991 den Tantiemenanspruch des Geschäftsführers der Beklagten als Verbindlichkeit der Gesellschaft einzustellen, wodurch ein um 14.144 DM zu hoher Gewinn für das Unternehmen ausgewiesen worden sei. Dem Vorbringen der Beklagten ist nicht zu entnehmen, ob für das Jahr 1991 die Tantieme an den Geschäftsführer überhaupt ausbezahlt wurde. **Ist die Auszahlung unterblieben, dann war die Bilanz nicht falsch.** Anderenfalls hätte sich bei fehlender Buchung ein Kassenfehlbestand ergeben müssen, der durch eine entsprechende Gegenbuchung hätte berichtigt werden können. Notfalls hätte die Beklagte im Wege der Bilanzberichtigung eine nachträgliche Berücksichtigung der Tantiemzahlung erreichen können.

Ähnlich verhält es sich mit dem Einwand, der Kläger habe in die Bilanz für 1991 **als Aktivposten eine vermeintliche Forderung** gegen die Firma gemäß Rechnung vom 31.12.1991 in Höhe von 30.210 DM **aufgenommen**. Selbst wenn man mit der Darstellung der Beklagten von einer Wertlosigkeit dieser Forderung ausgeht, so **bietet der Sachvortrag der Beklagten keine Erklärung dafür, warum von der Möglichkeit einer Wertberichtigung der Forderung zu einem späteren Zeitpunkt kein Gebrauch gemacht wurde**.

3. Ohne Erfolg wendet sich die Beklagte schließlich gegen den vom Landgericht angenommenen Zeitpunkt für den Beginn der Verzinsung der Klageforderung (5.11.1992), indem sie ausführt, erst am 2.8.1993 sei sie in den Besitz der vom Kläger unterschriebenen Rechnung gelangt. Zwar ist richtig, daß der Steuerberater die Vergütung nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung einfordern kann, § 9 Abs. 1 StBGebV. **Vor Zugang der unterschriebenen Honorarrechnung gerät der Auftraggeber mit der Erfüllung der Zahlungspflicht nicht in Verzug**. Um aber wirksam zu bestreiten, eine ordnungsgemäße Honorarrechnung erhalten zu haben, bedarf es der Vorlage der beanstandeten Originalrechnung durch den Empfänger. Denn ob die beim Steuerberater verbliebene Rechnungsdurchschrift den Form- und Erfordernissen genügt, besagt wenig über den Zustand der Originalrechnung. Daher ist es nicht ausreichend, wenn die Beklagte lediglich bestreitet, vor dem 2.8.1993 eine unterschriebene Rechnung erhalten zu haben, ohne die in ihrem Besitz befindlichen Rechnungen vom 30.7.1991 und 9.7.1992 wenigstens in Ablichtung vorzulegen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-8, 1996)

Abschlußprüfung

- Dritthaftung 96, 176
- und Steuerberatung, § 319 HGB 96, 169

AG-Vorstand

- als Steuerberater 96, 191

Akteneinsicht

- Ermittlungsakten, StA 96, 188
- Übersendung? 96, 102

Amtspflichtverletzung

- für Erfüllungsgehilfen 96, 29
- StB-Kosten 96, 106

Anderkonto

- Verfügung über Gelder 96, 136
- Verrechnung mit Gebührenforderung 96, 136

Auskunftsvertrag

- Schaden
- = Grunderwerbsteuer 96, 42

Bankrott

- mangelhafte Buchführung 96, 54

Bauherrenmodell

- Schadenersatz, negatives Interesse 96, 129

Belehrungspflicht d. Notars

- Beweislast 96, 109
- Vorleistung, ungesicherte 96, 109

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Gewerbesteuerücklage 96, 81
- nach Notaranfrage? 96, 117
- Reinvestitionsrücklage 96, 81
- ungefragte -
- = bei Notaranfrage 96, 117
- = Reinvestitionsrücklage 96, 81
- = vollständige - 96, 3

Bereicherungsanspruch, § 812 Abs. 1, Satz 1 BGB

- nichtiger Steuerberatungsvertrag 96, 196

Berufshaftung

- Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten 96, 183

Berufsverbot

- d. RA
- = wegen Falschaussage 96, 203
- = wegen Zeugenbeeinflussung 96, 203
- d. StB
- = wegen Vermögensverfall 96, 54, 89

Betrug			
– Sicherheiten, vollwertige	96, 120	– Fristversäumnis, unverschuldetes	
Beweislast		– = Beförderung d. Post durch neuen Mitarbeiter	96, 35
– für rechtmäßiges Alternativverhalten	96, 71	– = Empfangsbekanntnis, Unterzeichnung d. –	96, 205
BFH-Rechtsprechung		– = Faxübermittlung	96, 151
– Erschließungskosten		– = Fristberechnung	96, 107, 124
– als Werbungskosten	96, 54	– = Krankheit	96, 145
– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150	– = Telefonauskunft des Gerichts	96, 152
Buchführung, mangelhafte		– = Unterschriftskontrolle	96, 87
– Bankrott	96, 54	– Telefax	
Dritthaftung		– = Weisung an Bürokräft	96, 151
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		– Unterschriftskontrolle	96, 87
– = Bilanzerstellung	96, 96	Garantievertrag	
– = Prüfungsauftrag	96, 71, 176	– Steuerberatungsvertrag	96, 42
– = Sachverständigengutachten	96, 41	Gefälligkeit	
– = Testamentserrichtung	96, 39	– Verantwortung für –	96, 183
– = Testat	96, 96	verdeckte Gewinnausschüttung	
Eigentumswohnung		– GmbH-Geschäftsführer	96, 188
– Steuerberatungspraxis		– Schaden	
– = Nutzungsänderung	96, 52	– = Steuervorteile	96, 176
Einspruch		– Tantieme	96, 188
– Fristversäumnis		GI Aktuell	
– = WE-Antrag	96, 48	– Anlage E, Bestandskraft	96, 28
– Gewerbesteuermeßbescheid		– Erschließungskosten, nachträgliche	96, 54
– = Rückstellungsbildung	96, 81	– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150
Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens		– Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender	96, 106
– Beweislast	96, 71	– Schriftformerfordernis	96, 18
Entnahme		– Vollmacht, Nachweis der –	96, 28
– durch Nutzungsänderung	96, 78	GmbH	
Erfüllungsgehilfe		– Geschäftsführer	96, 28
– des Notars		– = Steuerhaftung	96, 28
– = bei Grundbucheinsicht	96, 29	Grundstückshandel	
Erlaß		– ohne Modernisierungen?	96, 2
– Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 UStG	96, 58	Grundurteil	
Ermessensentscheidung		– Feststellungsurteil	96, 129
– Schaden	96, 58	Honoraranspruch d. StB	
Finanzgerichtsordnung		– Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207
– Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	– Buchführung	
Fortbildungsveranstaltung		– = Überprüfung und Korrektur	96, 6
– Werbungskosten	96, 78	– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
Fristenkontrolle		– = Gebührenvorschrift	96, 102
– Fristenkontrollbuch		– = Verzug	96, 207
– = Organisationsverschulden, Fristlöschung	96, 107	– Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV	96, 6
– = namensgleiche Parteien	96, 124	– = Auslegung d. –	96, 6
– Fristüberwachung durch RA		– nach Kündigung, § 627 BGB	96, 196
– = bei Aktenvorlage	96, 2, 124	– Pfändung d. –	96, 103
– = trotz EDV-Programm	96, 34	– Verjährung des	
– = Fristdiktat, Überprüfung des –	96, 108	– = Buchführungsarbeit	96, 196
– = Gerichtsferien	96, 107	– Verzug	
		– = Rechnungszugang	96, 207
		– Zahlung e. Teilbetrages	96, 207
		– = Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207

- Zeitgebühr		
= Angaben, § 13 StBGebV	96, 94	
= Darlegungslast	96, 94	
= geringere -	96, 196	
Honoraranspruch d. WP		
- Nur Wirtschaftsprüfer	96, 94	
= Steuerberaterleistung	96, 94	
- Steuerberatergebührenverordnung	96, 94	
Internationales Privatrecht		
- Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB		
= US-WP-Gesellschaft	96, 92	
Kausalität		
- Fehler des 2. StB		
= WE-Antrag	96, 47	
- Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden		
= beratungskonformes Verhalten	96, 100	
Klageerhebung		
- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	
- Unterschrift	96, 18, 188	
Klageverfahren		
- Terminverlegung		
= Krankheit	96, 124	
Konkursverwalter		
- Akteneinsicht, StA	96, 188	
- Steuerhaftung, § 34 AO	96, 103	
Konzernhaftung		
- StB-GmbH und Einzelpraxis		
- US-WP-Gesellschaft	96, 92	
Kostenerstattungsanspruch		
- Umsatzsteuer d. Anwaltskosten	96, 106	
Kreditbetrug		
- vollwertige Sicherheiten	96, 120	
Mitverschulden		
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. -	96, 85	
Nichtigkeit, § 139 BGB		
- Praxisveräußerung	96, 189	
Notar		
- Belehrungspflichten		
= Altenteilsrecht	96, 109	
= Darlegungs-Beweislast	96, 109	
= Straßenverkehrsflächen	96, 22	
= Verpfändung von Bundesanleihen	96, 139	
= über Wirksamkeitserfordernisse	96, 139	
= Wochenendgrundstück	96, 66	
- Grundbucheinsicht		
= durch Hilfsperson	96, 29	
- Vorleistungen, ungesicherte	96, 109	
Ordnungsgeld		
- Betragsrahmen	96, 120	
- gegen Steuerberater	96, 120	
Pfändung		
- Steuerberaterhonorar	96, 103	
Pflichtteilergänzungsanspruch		
- d. Pflichtteilergänzungsanspruches	96, 124	
- Verjährungsunterbrechung	96, 124	
Pkw		
- Anschaffung d. Sozios	96, 71	
Praxisveräußerung		
- Nichtigkeit d. Kaufvertrages	96, 189	
- Verschwiegenheitspflicht	96, 189	
Prozeßbevollmächtigter		
- Zustellung an neuen -	96, 154	
Prozeßvollmacht		
- Originalvollmacht	96, 28	
Prüfungsauftrag		
- Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB	96, 71	
- Schutzpflichten d. -	96, 71	
Rechtsanwalt		
- Beratungspflichten		
= Vermächtnisanspruch,		
Sicherung des -	96, 155	
= Versicherungsschutzklage	96, 85	
- Testamenterrichtung	96, 37	
- unterlassene Vollstreckung	96, 14	
- Verkehrs-, Prozeßanwalt	96, 183	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		
- Vermächtnisanspruch		
= Sicherung des -	96, 155	
Regreßprozeß		
- Parteierklärung oder RA-Schriftsatz?	96, 109	
Sachverständiger		
- Dritthaftung		
= Arglist d. Auftraggebers	96, 41	
Schaden		
- Behördenentscheidung, richtige -	96, 58	
- Ermessensentscheidung	96, 58	
- Kapitalanlage		
= Bauherrenmodell	96, 129	
= negatives Interesse	96, 141	
- konsolidierte Schadenbetrachtung		
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172	
- vermeidbare Steuerbelastung		
= Grunderwerbsteuer	96, 42	
- vermeidbares Steuerberatungshonorar	96, 47	
- Steuervorteile		
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172	
- Vertrauensschaden	96, 141	
- Zwei-Konten-Modell	96, 114	
Schätzung (§ 162 AO)		
- Schätzungsbefugnis	96, 150	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
- rechtswidriges Versäumnisurteil	96, 14	
Sozietät		
- Anschaffung d. Pkw	96, 71	
- Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer	96, 150	
- Unternehmereigenschaft d. EU	96, 71	

Steuerberater			
– Vermögensverfall	96, 54, 89	– gem. § 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125
Steuerberaterprüfung		– Hemmung d. Verjährung, §§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125
– berufspraktische Vorbildung		– Verjährungsbeginn	
= RA-Tätigkeit	96, 2	= Folgeschäden	96, 165
Steuerberatungsgesetz		= Rechtskraft d. Steuerbescheides	96, 125, 165
– § 5		= Wirtschaftsberatung	96, 125
= Steuerberater als		= Zugang d. Steuerbescheides	96, 125
Erfüllungsgehilfe	96, 180, 197	– Verjährungshemmung	
= Unternehmensberater	96, 180, 196	= Einspruchsverfahren	96, 125
– § 9 Abs. 2		Vermögensverfall	
= verschleierte Vermittlungsprovision	96, 196	– d. Steuerberaters	96, 54, 89
– § 32 Abs. 2,		Verschwiegenheit	
Verbot gewerblicher Tätigkeit		– Praxisveräußerung	96, 189
= Vorstand einer AG	96, 191	– d. Treuhänders	96, 103
– § 46 Abs. 3 Nr. 2		Versicherungsschutzklage	
= Vermögensverfall	96, 54	– Belehrung ü. Klagefrist, § 12, 3 VVG	96, 85
Steuerberatungsvertrag		Verzug	
– Nichtigkeit, § 134 BGB		– des Steuerberaters	96, 47
= Bereicherungsanspruch	96, 196	Vollmacht	
= unerlaubte Steuerberatung	96, 180	– Nachweis d. –	96, 28
Steuerhaftung		Werkvertrag	
– GmbH-Geschäftsführer		– Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO	96, 55
= Steuerberaterverschulden	96, 28	Wiedereinsetzung	
Testat		– Antrag	
– Vertrauen in –	96, 96	= Begründung	96, 80
Treuhänder		– Beschluß d. Gerichtes	
– Schweigepflicht	96, 103	= Bindung, § 318 ZPO	96, 144
Umsatzsteuer		– Fristwahrung	
– Kostenfestsetzung	96, 106	= beantragter Verlängerungszeitraum	96, 151
– Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 396, 2		– Glaubhaftmachung	
= Erlaß		= Vorlage d. Fristenkontrollbuchs	96, 80
Unternehmenskauf		– Nachweis d. RA über Absendung	96, 80
– Bilanztestat	96, 96	Wirtschaftsprüfer	
Unterschrift		– US-Gesellschaft	96, 92
– Doppelname	96, 118	Zustellung	
– Klageerhebung	96, 18, 188	– Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. –	96, 85
– Kontrolle der –	96, 87	– an neuen Prozeßbevollmächtigten	96, 154
Untreue, § 266, 266 a StGB		– an StB oder Mandanten	96, 2
– vorenthalten von Arbeitsentgelt	96, 124	– Verzögerung d. –	96, 85
– Notar-Anderkonto	96, 124	– zweite –	96, 205
– Regreß gg. GmbH-Geschäftsführer	96, 124	Zwangsvollstreckungsauftrag	
– Strafzumessung	96, 124	– Einwand d. § 826 BGB	96, 14
Verjährung		– gegen RA	96, 14
(§ 51 BRAO a.F., § 51 b BRAO n.F.)		– rechtswidriger Titel	96, 14
– Verjährungsbeginn		Zwei-Konten-Modell	
= Sicherung d. Vermächtnisanspruchs	96, 155	– Schaden?	96, 114
– Werkvertrag	96, 55		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler		BGH v. 10. 11. 1994 – III ZR 50/94	96, 41
und über Verjährungsvorschrift,		= NJW 95, 392	
Sekundäranspruch		BGH v. 17. 11. 1994 – IX ZR 208/93	96, 85
= Beginn des –	96, 50	= NJW-RR 95, 252 = WM 95, 212	
		= VersR 95, 336	

BGH v. 18. 1. 1995 – 2 StR 693/94 = Wistra 95, 146	96, 54	BGH v. 7. 12. 1995 – VII ZB 27/95 = NJW 96, 853 = VersR 96, 479 = AnwBI 96, 170	96, 108
BGH v. 9. 2. 1995 – 4 StR 662/94 = wistra 95, 222	96, 120	BGH v. 21. 12. 1995 – VII ZB 17/95	96, 151
BGH v. 20. 2. 1995 – II ZB 16/94 = NJW 95, 1499 = VersR 95, 1372 = AnwBI 95, 374 = BB 95, 748	96, 34	BGH v. 9. 1. 1996 – IX ZR 103/95 = NJW-RR 96, 569 = WM 96, 551 = BB 96, 526	96, 81
BGH v. 13. 6. 1995 – IX ZR 121/94 = NJW 95, 2551 = DStR, 1199 = WM 95, 1504	96, 37	BGH v. 11. 1. 1996 – VII ZR 85/95	96, 183
BGH v. 20. 6. 1995 – XI ZB 9/95 = NJW 95, 2497 = VersR 96, 123 = DStR 95, 1481	96, 144	BGH v. 18. 1. 1996 – III ZR 73/95 = NJW 96, 997 = DStR 96, 475	96, 118
BGH v. 22. 6. 1995 – LwZB 1/95		BGH v. 18. 1. 1996 – IX ZR 81/95 = NJW 96, 2675 = WM 96, 518 = ZIP 96, 588	96, 139
BGH v. 22. 6. 1995 – IX ZR 122/94 = NJW 95, 2713 = WM 95, 1883	96, 66	BGH v. 29. 1. 1996 – AnwSt (R) 11/95	96, 203
BGH v. 18. 9. 1995 – NotZ 45/94 = AnwBI 1996, 45	96, 150	BGH v. 8. 2. 1996 – VII ZB 21/95 = NJW 96, 1543 = WM 96, 662 = AnwBI 96, 287	96, 154
BGH v. 21. 9. 1995 – IX ZR 228/94 = NJW 96, 48 = WM 96, 35 = VersR 96, 190	96, 14	BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZR 151/95	96, 136
BGH v. 18. 10. 1995 – I ZB 15/95 = NJW 96, 319 = VersR 96, 256 = MDR 96, 316	96, 35	BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZB 95/95 = NJW 96, 1349 = MDR 96, 530	96, 107
BGH v. 19. 10. 1995 – IX ZR 20/95 = NJW-RR 96, 375 = WM 96, 73 = DB 96, 210	96, 6	BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZR 215/94 = WM 96, 1106 = DStR 96, 634	96, 129
BGH v. 19. 10. 1995 – IX ZR 104/94 = NJW 96, 520 = WM 96, 30 = VersR 96, 336 = AnwBI 96, 51	96, 22	BGH v. 29. 2. 1996 – IX ZR 180/95 = WM 96, 1106 = BB 96, 1081	96, 125
BGH v. 2. 11. 1995 – IX ZR 15/95 = NJW 96, 522 = WM 96, 84 = VersR 96, 471	96, 109	BGH v. 4. 3. 1006 – StbSt (R) 4/95	96, 191
BGH v. 9. 11. 1995 – IX ZR 161/94 = NJW 96, 312 = WM 96, 71 = VersR 96, 236 = DStR 96, 563	96, 3	BGH v. 20. 3. 1996 – VIII ZB 7/96	96, 152
BGH v. 16. 11. 1995 – IX ZR 148/94 = NJW 96, 661 = WM 96, 540 = BB 96, 453	96, 55	BGH v. 21. 3. 1996 – IX ZR 240/95	96, 196
BGH v. 16. 11. 1995 – IX ZR 14/95	96, 183	BGH v. 26. 3. 1996 – IV ZB 1 + 2/96	96, 205
BGH v. 22. 11. 1995 – 3 StR 478/95 = wistra 1996, 105	96, 124	BGH v. 27. 3. 1996 – IV ZR 185/95 = NJW 96, 1743	96, 124
BGH v. 23. 11. 1995 – IX ZR 213/94 = NJW 96, 464 = WM 96, 81 = VersR 96, 202	96, 29	BGH v. 22. 5. 1996 – VIII ZR 1194/95	96, 189
BGH v. 23. 11. 1995 – IX ZR 225/94 = NJW 96, 842 = WM 96, 542 = DB 96, 470	96, 58		
BGH v. 6. 12. 1995 – VIII ZR 12/95 = NJW 96, 998 = WM 96, 538 = BB 96, 185	96, 87	OLG Celle v. 29. 11. 1995 – 9 U 51/95 = wistra 1996, 114	96, 124
		OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 – 13 U 211/93	96, 94
		OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 – 13 U 217/93	96, 47
		OLG Düsseldorf v. 8. 12. 1994 – 13 U 18/94	96, 180
		OLG Düsseldorf v. 9. 12. 1994 – rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 3. 7. 1995 – II ZR 172/95	96, 92
		OLG Düsseldorf v. 16. 2. 1995 – 13 U 299/93	96, 141
		OLG Düsseldorf v. 9. 3. 1995 – 13 U 57/94	96, 114
		ebenso: Urt.v. 9. 3. 1995 – 13 U 56/94	

OLG Düsseldorf v. 22. 6. 1995 – 13 U 150/94	96, 50	BFH v. 27. 2. 1995 – V B 54/94 = BFH/NV 1995, 835	96, 71
OLG Düsseldorf v. 6. 7. 1995 – 13 U 168/95	96, 207	BFH v. 2. 3. 1995 – IV R 59/94 = BGH/NV 1995, 959	96, 78
OLG Frankfurt v. 1. 2. 1996 – 3 VAs 29/95 = wistra 1996, 197	96, 188	BFH v. 7. 3. 1995 – VII R 84/94 – Vorinstanz FG Baden-Württemberg EFG 1994, 983 = StBkammer Rh-Pf KM 8/95	96, 2
OLG Hamm v. 3. 5. 1995 – 25 U 129/94	96, 42	BFH v. 21. 3. 1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 2
OLG Hamm v. 5. 10. 1995 – 28 U 22/95	96, 155	BFH v. 21. 3. 1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 124
OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 173/94	96, 117	BFH v. 4. 4. 1995 – IV B 129/94 = BFH/NV 1995, 876	96, 2
OLG Karlsruhe v. 23. 11. 1995 – 9 U 24/95	96, 169	BFH v. 4. 4. 1995 – VII R 74/94 = BFH/NV 1995, 1019	96, 54
OLG Koblenz v. 20. 1. 1995 – 2 U 1019/93	96, 102	vgl. FG Brandenburg, GI 1995, 144	
OLG Köln v. 16. 3. 1995 – 7 U 96/94	96, 172	BFH v. 21. 4. 1995 – VIII B 133/94 = BFH/NV 1995, 954	96, 103
OLG Köln v. 7. 6. 1995 – 11 U 287/94	96, 165	BFH v. 25. 4. 1995 – VIII R 86/94 = BFH/NV 1995, 1002	96, 80
OLG München v. 28. 9. 1995 – 1 U 2954/95 = StB 1996, 119	96, 106	BFH v. 26. 4. 1995 – I R 22/94 = LEXinform 0127099	96, 28
OLG Stuttgart v. 11. 5. 1994 – 8 W 89/94 = NJW 1995, 2838	96, 103	BFH v. 26. 5. 1995 – X B 335/94 = BFH/NV 1995, 1004	96, 120
OLG Stuttgart v. 25. 7. 1995 – 12 U 57/94	96, 71, 176	BFH v. 28. 9. 1995 – IV R 76/94 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
KG v. 8. 6. 1994 – 24 W 5760/93 = NJW-RR 1995, 333	96, 52	BFH v. 11. 10. 1995 – VIII B 106/95 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
BFH v. 26. 1. 1984 – VR 65/76 = BFHE 140, 121 = BStBl II 1984, 231	96, 71	BFH v. 12. 10. 1995 – I R 4/95 = BFH/NV 1996, 437	96, 188
BFH v. 18. 6. 1993 – VR 106/92 = BFH/NV 1995, 306	96, 124	BFH v. 7. 11. 1995 – IX R 99/93	96, 54
BFH v. 10. 2. 1994 – VII B 224/94 = BFH/NV 1995, 812	96, 102	BFH v. 28. 11. 1995 – VII R 63/95	96, 28
BFH v. 21. 6. 1994 – VII R 34/92 = BStBl 1995 II, 230	96, 103	BFH v. 29. 11. 1995 – X B 56/95	96, 80
BFH v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 = WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278	96, 28	BFH v. 19. 12. 1995 – IX R 5/95	96, 54
BFH v. 8. 9. 1994 – V R 3/92 = BFH/NV 1995, 834	96, 2	BFH v. 8. 3. 1996 – III R 146/93	96, 106
BFH v. 18. 1. 1995 – I B 181/93 = BFH/NV 1995, 852	96, 2	LG Arnsberg v. 10. 3. 1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96
BFH v. 26. 1. 1995 – IV R 39/93 = BFH/NV 1995, 873	96, 78	LG Dortmund v. 15. 11. 1995 – 6 O 200/95	96, 100
BFH v. 21. 2. 1995 – VIII R 76/93 = BFH/NV 1995, 989	96, 80	FG Brandenburg v. 30. 11. 1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
		FG Bremen v. 13. 11. 1995 – 295176E2 + 295178E2 = StB 1996, 117	96, 106
		FG München v. 18. 4. 1995 – 7 K 2/93, rkr.	96, 150